

neben der allgemeinen revolutionären Aufrüttelung der Arbeiter- und Soldatenmassen großes Gewicht auf die politische Beeinflussung der Mitglieder der USPD zu legen. Die ergriffenen Maßnahmen standen aber durchweg alle im schärfsten Widerspruch zu der Einheitlichkeit der USPD, weil Spartakus sich zur Durchsetzung seiner Aufgaben einen vollständig selbständigen Apparat innerhalb der USPD schaffen mußte.

Die Spartakuszentrale wurde aus dreizehn Genossen gebildet, an deren Spitze Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Franz Mehring, Leo Jogiches standen. Außerdem gehörten der Zentrale noch an: Ernst Meyer, Hermann und Käthe Duncker, Wilhelm Pieck und andere. Jedem dieser Genossen wurde eine bestimmte Arbeit überwiesen. Für die Redaktion wurden vor allem die Genossen Luxemburg und Liebknecht bestimmt. Jogiches übernahm die Reichsagitation, Pieck die Groß-Berliner Agitation, den beiden Dunckers wurde die Frauen-, Jugend- und Soldatenagitation überwiesen. Rosa Luxemburg schlug ferner eine ansehnliche Liste unserer nächsten Aufgaben vor: Herausgabe einer Tageszeitung als Zentralorgan, einer wissenschaftlichen Wochenschrift „Die Internationale“, einer Jugendzeitung, einer Frauenzeitung, eines Soldatenblattes und einer Zeitungskorrespondenz. Ferner wurde die Einrichtung eines Zentralbüros mit den verschiedenen Sekretariaten beschlossen.

Auch wurde eine Abteilung für die Soldatenagitation, „Der Rote Soldatenbund“, geschaffen, deren Leitung dem Genossen *Budich* und später Karl *Schulz* übertragen wurde. Für die Groß-Berliner Agitation wurde noch der Genosse Otto *Franke* hinzugezogen.

Für das Zentralbüro des Spartakusbundes wurde in einem Hotelgebäude in der Wilhelmstraße 114 eine aus sieben Zimmern bestehende Etage gemietet, wo auch die Redaktion der „Roten Fahne“ untergebracht wurde. Aber diese Räume erwiesen sich sehr bald als zu klein, auch drängte der Hausbesitzer wegen des großen und ziemlich geräuschvollen Verkehrs, der sich in dem Hause entwickelte, auf Verlegung des Büros. Es wurden dann die in der Friedrichstraße 217 gelegenen früheren Büroräume der russischen Telegraphenagentur übernommen, die ihre Tätigkeit mit der Ausweisung der Russischen Botschaft am

5. November einstellen mußte. Die Büroräume des Roten Soldatenbundes wurden nach der Beußelstraße verlegt, und nur die Redaktion verblieb in dem Hause.

Die Groß-Berliner Agitation

Um für die Groß-Berliner Agitation die Genossen zusammenzufassen, die schon während des Krieges mitgearbeitet hatten, wurde zum Donnerstag, dem 14. November, eine Anzahl Genossen zu einer Sitzung in den Sophiensälen eingeladen.

Eine dieser Einladungen war durch einen Zufall in die Hände der Redaktion einer bürgerlichen Zeitung gelangt, die darauf die Notiz brachte, daß der Spartakusbund in den Sophiensälen eine öffentliche Versammlung abhalte. Da diese Notiz auch von anderen bürgerlichen Zeitungen übernommen und eine kräftige Hetze dagegen entfaltet wurde, so war die Folge davon, daß an dem Abend nicht nur das vorgesehene Konferenzzimmer, sondern der große Hofraum und die vor dem Lokal liegende Straße dicht mit Menschen gefüllt war. Wir mußten uns sofort den großen Versammlungssaal geben lassen, der im Nu ebenso überfüllt war wie das große Konferenzzimmer. Die Ausführungen der Referenten fanden begeisterte Zustimmung. Zu der vorgesehenen internen Aussprache über die Organisierung der Arbeit in Berlin kam es unter diesen Umständen nicht, aber die Versammlung war ein Riesenerfolg für unser erstes Auftreten in Berlin. Es wurde sofort eine Bezirkseinteilung Groß-Berlins vorgenommen und alle organisatorischen Vorarbeiten für unsere weitere Agitationsarbeit getroffen, für die wir in allen Bezirken tüchtige Genossen fanden.

Zum 21. November hatten wir drei öffentliche Versammlungen mit Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Paul Levi als Referenten angekündigt, die über die Aufgaben der Revolution sprachen. Alle drei Versammlungen waren dermaßen überfüllt, daß Nebenversammlungen notwendig wurden. Von den Pharusälen, wo *Liebknecht* gesprochen hatte, setzte sich ein Demonstrationzug nach dem Polizeipräsidium in Bewegung, weil bekanntgeworden war, daß noch politische Gefangene im Polizei-

präsidium sitzen sollten. Als die Demonstration am Polizeipräsidium angelangt und eine Deputation zu dem Polizeipräsidenten *Eichhorn* entsandt worden war, wurden die Demonstranten von einem mit Soldaten besetzten Lastauto überfallen, die auf die Demonstranten schossen. Dieser Überfall war von dem sozialdemokratischen Stadtkommandanten *Wels* angeordnet worden, der eine infame Hetze gegen Spartakus unter den Soldaten betrieb.

Am 25. November wurde in der „Roten Fahne“ im Namen des Spartakusbundes ein von der Genossin *Luxemburg* verfaßter Aufruf „An die Proletarier aller Länder“ veröffentlicht, in dem die Proletarier zur Weltrevolution aufgefordert wurden. Der Aufruf trug die Unterschriften von Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Karl Liebknecht und Franz Mehring.

Am Freitag, dem 6. Dezember, war vom Roten Soldatenbund eine Versammlung für Frontsoldaten, Urlauber und Deserteure einberufen worden, in deren Anschluß die Teilnehmer auf der Straße für die Anerkennung ihrer Vertreter im Soldatenrat demonstrierten. An der Ecke der Chaussee- und Invalidenstraße wurde der Demonstration von Soldaten des Maikäferregiments entgegengetreten, die sofort auf die Demonstranten schossen, wobei vierzehn Tote und viele Verwundete, darunter auch der Leiter des Soldatenbundes, der Genosse Budich, die Opfer dieses infamen Angriffs waren.

Die Konsolidierung der Konterrevolution

Die Konterrevolution trat immer frecher in Erscheinung. Im Berliner Westen waren von konterrevolutionären Offizieren Truppenabteilungen gegen ein Werbegeld von 5 Mark je Person angeworben worden, die am Abend des 6. Dezember den Vollzugsrat verhaften und Ebert zum Präsidenten der Republik ausrufen sollten. Die Verhaftung des Vollzugsrats im Landtag wurde noch in letzter Minute verhindert, und Ebert hielt es für geraten, auf die ihm angebotene Würde noch zu verzichten. Eine der Abteilungen dieser angeworbenen Truppen drang in die im Druckereigebäude befindliche Nachtredaktion der „Roten Fahne“

ein, in der sich glücklicherweise Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht noch nicht befanden. Erst nach einiger Zeit gelang es durch energisches Auftreten, die Soldaten zum Abzug zu bewegen, so daß die Zeitung noch rechtzeitig fertiggestellt werden konnte.

Gegen diesen ersten konterrevolutionären Putschversuch verbreiteten wir am nächsten Morgen (Sonnabend, den 7. Dezember) ein Flugblatt in den Betrieben, durch das die Arbeiter aufgefordert wurden, mittags 12 Uhr zur Demonstration in der Siegesallee zu erscheinen. Es war dies die erste Massenaktion, zu der die Berliner Arbeiterschaft durch den Spartakusbund aufgefordert wurde und zu der sie in großen Massen nach und nach heranmarschierte. In der Siegesallee sprachen unter anderen *Liebknecht* und *Pieck* und forderten den Sturz der Regierung, die die Schuld an dem Erstarken der Konterrevolution trug. Von der Siegesallee zogen die Massen zur Russischen Botschaft, Unter den Linden, und forderten ihre Rückberufung. Vor dem Opernhaus stellte sich dem Demonstrationszug eine Abteilung der Republikanischen Soldatenwehr mit zehn Maschinengewehren schußbereit entgegen. Doch wurde sie schnell von den Massen zurückgetrieben, und Liebknecht hielt am Kommandanturgebäude eine Ansprache gegen den sozialdemokratischen Stadtkommandanten Wels und die Ebertregierung.

Zum Sonntag, dem 8. Dezember, hatten wir durch Flugblätter die Arbeiterschaft auf 2 Uhr nachmittags zur Demonstration nach den Treptower Wiesen geladen, für die wir folgende Losungen ausgegeben hatten, die auf Transparenten bei der Demonstration hervorgekehrt wurden: Die ganze Macht den Arbeiter- und Soldatenräten! — Fort mit der Regierung Ebert-Scheidemann, den Schuldigen am Blutbadel — Sofortige Entwaffnung der Offiziere und aktiven Unteroffiziere! — Sofortige Bildung der Arbeiterwehr und Roten Gardel — Fort mit Wels! — Es lebe die Internationale, es lebe die sozialistische russische Räterepublik!

Obwohl am gleichen Tage von den Regierungssozialisten dreizehn Versammlungen und von der USPD drei Versammlungen einberufen worden waren, hatte unsere Aufforderung ungeheure Massen nach Treptow gebracht. Von zehn Tribünen sprachen unsere Redner. Dann ging es in einem gewaltigen Zuge zum Stadtinnern, wo am Polizeipräsidium die republikanische Sicher-

heitswehr sich mit der Demonstration solidarisierte. Beim Vorbeimarsch an der Kommandantur, wo Liebknecht sprach, drang eine Anzahl von Soldaten in die Kommandantur ein, um Wels herauszuholen, der sich aber aus dem Staube gemacht hatte. Die Besatzung der Kommandantur solidarisierte sich ebenfalls mit unserer Demonstration. An der Russischen Botschaft erfolgten Sympathiekundgebungen für Sowjetrußland. Dann ging es durch die Wilhelmstraße, wo es am Reichskanzlerpalais zu einer großen Demonstration gegen die Regierung kam. In der Siegesallee löste sich die Demonstration, die eine der größten dieser Zeit gewesen ist, auf.

Am 9. Dezember erfolgte nachmittags 4 Uhr eine militärische Besetzung unserer Redaktionsräume in der Wilhelmstraße, angeblich um eine Durchsuchung nach Waffen vorzunehmen, wobei sich die Verantwortlichen in der brutalsten Weise gegen alle Anwesenden benahmen. Es bedurfte erst eines energischen Protestes bei der Regierung, daß diese Wels aufforderte, die Besetzung zurückzuziehen.

Die Konterrevolution suchte besonders ihre militärische Kraft zu steigern. Große Truppenmassen wurden an Berlin unter Führung des Generals *Lequis*, der in Steglitz sein Quartier nahm, herangezogen. Angeblich geschah das, um den heimkehrenden Truppen Gelegenheit zu geben, einen gemeinsamen Einzug in Berlin zu halten. Aber gerade unter diesen zusammengezogenen Truppen wurde besonders auch von den Sozialdemokraten eine infame Hetze gegen Spartakus, Rosa Luxemburg und Karl Lieb-knecht entfaltet. Es wurde den Soldaten eingeredet, daß es nur ihrer Unschädlichmachung bedürfe, um Ruhe und Ordnung in Berlin herbeizuführen, über dessen inneren Zustand die ungeheuerlichsten Vorstellungen verbreitet wurden: Spartakus hause wie ein Verbrecher, Liebknecht wüte wie ein Räuberhauptmann.

Am 10. Dezember wurden Liebknecht und Pieck von dem Kommandeur der Volksmarinedivision, *Dorrenbach*, die im Schloß ihren Sitz hatte, ersucht, sofort nach dem Schloß zu kommen, weil eine große Anzahl von Mitgliedern von Frontsoldatenräten Auskunft über die Pläne von Spartakus haben wollten. Als wir nach dem Schloß kamen, stellten sich dort als Mitglieder von Frontsoldatenräten eine Anzahl Offiziere vor, denen Liebknecht

in mehr als einstündiger Rede auseinandersetzte, was Spartakus wollte. Die Offiziere vermochten dagegen nichts einzuwenden und hörten aufmerksam zu, was sie aber sicher nicht gehindert haben wird, weiter die Soldaten gegen Spartakus aufzuhetzen.

Am 14. Dezember erschien in der „Roten Fahne“ das im wesentlichen von der Genossin Luxemburg verfaßte Programm des Spartakusbundes unter dem Titel: „Was will der Spartakusbund?“, in dem die politische Situation, die Aufgaben der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie, das Ziel der Kommunisten aufgezeigt und die nationalen und internationalen Forderungen zur Sicherung und Verbreiterung der Revolution sowie eine Reihe von Einzelforderungen aufgestellt wurden.

Der erste Rätekongreß

Am Montag, dem 16. Dezember, trat der erste Rätekongreß in Berlin zusammen. Vom Spartakusbund hatten wir tags zuvor in unserem Büro eine Reihe der auf dem linken Flügel der USPD stehenden Delegierten zu einer Besprechung geladen, um mit ihnen die aufzustellenden Forderungen und die Taktik auf dem Rätekongreß zu besprechen. Aber in der Debatte stellte sich heraus, daß zwischen der Mehrzahl dieser Delegierten und uns ganz erhebliche Differenzen über das grundsätzliche und taktische Vorgehen auf dem Kongreß, insbesondere über die Einberufung der Nationalversammlung, vorhanden waren. Und wenn auch zuletzt eine scheinbare Verständigung in einer Reihe von Anträgen zustande kam, so versagten doch die Genossen vollständig bei der Vertretung dieser Forderungen auf dem Kongreß. Nur Leviné und Heckert, die als Delegierte zum Kongreß gewählt wurden, traten energisch für unsere Forderungen ein, aber sie wurden auf dem Kongreß vollständig von den linken Unabhängigen im Stich gelassen.

Wir versuchten besonders die Berliner Arbeiterschaft mobil zu machen, die wir in der „Roten Fahne“ zu einer Massendemonstration am 16. Dezember für folgende Forderungen aufriefen:

1. Deutschland eine einheitliche sozialistische Republik.
2. Die ganze Macht den Arbeiter- und Soldatenräten.

3. Der vom Zentralrat gewählte Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte als höchstes Organ der ganzen Gesetzgebung und Regierungsgewalt.

4. Beseitigung des Ebertschen Rates der Volksbeauftragten.

5. Sofortige energische Durchführung aller zum Schutze der Revolution erforderlichen Maßnahmen durch den Zentralrat, vor allem Entwaffnung der Gegenrevolution, Bewaffnung des Proletariats, Bewaffnung der Roten Garde.

6. Sofortiger Aufruf des Zentralrats an die Proletarier aller Länder zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten zwecks Durchführung der Aufgaben der sozialistischen Weltrevolution.

In großer Zahl versammelten sich die Arbeiter um 11 Uhr vormittags in der Siegesallee, von wo sie zum Abgeordnetenhaus zogen, wo der Rätekongreß tagte und wo sie eine Deputation von zehn Genossen zum Kongreß entsandten, um die Forderungen vorzutragen. Obwohl *Leinert* der Deputation den Eintritt in das Kongreßlokal verbieten wollte, ließ sich die Deputation dadurch nicht abhalten und trug durch einen Sprecher ihre Forderungen vor, die teils mit Beifall, teils mit großem Widerspruch aufgenommen wurden. *Liebknecht* sprach währenddessen vom Balkon des Landtagsgebäudes zu den draußen versammelten Massen, die dann über die Linden und den Alexanderplatz zum Friedrichshain zogen, wo die Kundgebung ihren Abschluß fand. Am nächsten Tage erschien vor dem Rätekongreß eine Abordnung der Berliner Gardetruppen und der Soldatenwehr, um die Souveränität der Soldatenräte zu fordern.

Zum Abend des 17. Dezember hatten wir alle Anhänger des Spartakusbundes unter den Arbeiterräten und in den Großbetrieben zu einer Zusammenkunft zusammenberufen, in der eine Deputation von 45 Genossen gewählt wurde, die am 18. Dezember, mittags, im Rätekongreß die von der Zusammenkunft aufgestellte Forderung „Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten und dem Vollzugsrat als höchste Exekutivgewalt“ vortragen sollte. *Leinert* versuchte wiederum, der Deputation den Zutritt zu verhindern, aber diese ließ sich nicht beirren und trug ihre Forderungen dem Kongreß vor. Die Deputation setzte daraufhin dann noch beim Magistrat im Berliner Rathaus durch, daß die Bestattung der am 6. Dezember erschossenen 14 Arbeiter

am Sonnabend, dem 21. Dezember, auf dem Friedhof am Friedrichshain erfolgen solle und die Bestattungskosten vom Staat übernommen werden. Die Beerdigung erfolgte von der Siegesallee aus mit dem Ehrengeläut des Roten Soldatenbundes.

Die Krisis in der USPD

Das Verhalten der USPD-Vertreter im Rate der Volksbeauftragten rief immer stärkeren Unwillen in der USPD-Mitgliedschaft hervor. Haase, Dittmann und Barth halfen in der Regierung der Sozialdemokraten nicht nur in der völligen Wiederherstellung der alten Militärgewalt und der Befestigung der kapitalistischen Herrschaft, sie suchten auch die Arbeiter von jedem ernstem Kampfe gegen die Konterrevolution zurückzuhalten. Barth wurde sogar als Wanderredner gegen die wachsende Streikbewegung im Lande herumgeschickt. Auch die reaktionären Beschlüsse des 1. Rätekongresses wurden unter ihrer Mitverantwortung herbeigeführt, und auch die Vorbereitung der Nationalversammlung, mit der die Arbeiter- und Soldatenräte vollständig beiseite gedrückt werden sollten, fand ihre volle Unterstützung. Jeder ernstem Auseinandersetzung mit Spartakus gingen die USPD-Führer aus dem Wege.

Besonders waren die revolutionären Obleute (Betriebsobleute, vorwiegend Metallarbeiter) über das Verhalten von Barth in der Regierung empört, und in einer Sitzung am 18. Dezember wurde ihm, der Vorsitzender dieser Körperschaft war, jedes Vertrauen entzogen. Die Obleute nahmen auch scharf kritisch zu der Politik der USPD Stellung und stimmten dem Antrage Liebknechts auf sofortige Einberufung eines Parteitages zu. Die Obleute wählten einen aus fünf Mitgliedern bestehenden Aktionsausschuß, dem Däumig, Ledebour, Liebknecht, Pieck und Paul Scholze angehörten.

Der Weihnachtsangriff auf die Matrosen

Die Gegensätze zur Politik der USPD-Vertreter in der Regierung wurden noch besonders verschärft, als diese am 23. Dezember den Versuch unternahm, die Matrosen aus dem Schloß her-

auszubringen und von Berlin abzuschieben, weil diese in dieser Zeit noch ein ziemlich rebellisches Völkchen waren. Sie waren aber nicht geneigt, der Anordnung der Regierung Folge zu leisten, und als ihnen die Löhnung gesperrt wurde, zogen sie zur Kommandantur, um *Wels* als den Urheber der ganzen Aktion mit seinem Adjutanten gefangenzunehmen und nach dem Marstall abzuführen. Die Regierung zog in der Nacht vom 23. zum 24. Dezember Potsdamer Gardetruppen mit Geschützen heran und stellte am 24. Dezember, morgens um $1/27$ Uhr, den Matrosen ein kurzfristiges Ultimatum auf sofortige Niederlegung der Waffen, sofortige Räumung des Schlosses und des Marstalls und die Freigabe von *Wels*.

Als das von den Matrosen abgelehnt wurde, wurden das Schloß und der Marstall mit Flachbahngeschützen beschossen, wobei beide Gebäude stark demoliert wurden. Nach zweistündigem Kampfe rückten von den Betrieben des Nordens große Arbeitermassen gegen das Schloß vor, und als nach einer kurzen Feuerpause die Potsdamer Truppen sich dem Arbeiterheer, in dem viele Frauen und Kinder waren, gegenüber sahen, dämmerte bei ihnen die Erkenntnis, daß sie gegen die Matrosen mißbraucht worden seien, und stellten den Kampf ein. Es setzten daraufhin Verhandlungen zwischen Vertretern der Matrosen und der Regierung ein, deren Ergebnis darin bestand, daß die Matrosen der Republikanischen Soldatenwehr eingegliedert wurden, also in Berlin blieben und sich verpflichten mußten, das Schloß zu räumen und sich nicht wieder an Aktionen gegen die Regierung zu beteiligen. Wenn auch die Regierung ihr Ziel nicht erreicht hatte, so war doch die Verbindlichkeit der Matrosen, sich an keiner Aktion gegen die Regierung zu beteiligen, die Grundlage, auf der die Matrosen gegen die Arbeiterschaft gebraucht werden sollten.

Der Spartakusbund rief sofort durch Flugblätter am 25. Dezember, vormittags, die Arbeiter zur Massendemonstration in der Siegesallee auf. Obwohl nur kurze Zeit zur Einberufung zur Verfügung stand, strömten ungeheure Massen zur Demonstration, die dann von der Siegesallee nach dem Schloß und Marstall zogen, wo es zu einer großen Verbrüderung zwischen Matrosen und der Arbeiterschaft kam.

Ein Teil der Demonstranten war auf dem Rückwege von der Demonstration zum „Vorwärts“-Gebäude in der Lindenstraße gezogen, dessen Redaktion eine unausgesetzte, schamlose Hetze gegen den Spartakusbund betrieb. Die Arbeiter stürmten das Gebäude und besetzten die Redaktion und die Druckerei.

In Verhandlungen, die am nächsten Tage die revolutionären Obleute im Abgeordnetenhaus führten, versuchten die USPD-Führer wegen der Besetzung des „Vorwärts“ eine Hetze gegen Spartakus. Däumig forderte die Freigabe des „Vorwärts“, weil die „Vorwärts“-Besetzung nicht als ein „gegebener Anlaß zur Aufnahme des Endkampfes gegen die offene und verkappte Gegenrevolution angesehen werden könnte“. Die „Vorwärts“-Redaktion sollte genötigt werden, eine kurze, von Däumig formulierte Resolution ohne Kommentar an der Spitze des Blattes zu bringen, die eine Verurteilung ihrer bisherigen Handlungsweise war. Diese Veröffentlichung erfolgte dann auch durch die „Vorwärts“-Redaktion, aber in den nächsten Nummern rächte sie sich durch um so gehässigere Kommentare und Angriffe gegen Spartakus.

Da die USPD-Führer in keiner Weise gegen den von der Regierung unternommenen Angriff auf die Matrosen Stellungnahmen und auch keine Anstalten machten, deshalb aus der Regierung auszutreten, wurde der Spartakusbund zum völligen Bruch mit den USPD-Führern genötigt. Es wurde aber trotzdem ein Brief an den Parteivorstand der USPD gerichtet, in dem eine offene Kritik an der USPD-Politik geübt und die Einberufung eines Parteitages gefordert wurde. Die Antwort wurde bis zum 25. Dezember verlangt.

Die Gründung der KPD

Der Tätigkeit des Genossen *Jogiches* war es gelungen, in diesen Wochen mit allen Bezirken des Reiches Verbindungen aufzunehmen und so auch die Voraussetzungen für eine Reichsorganisation des Spartakusbundes zu schaffen. Fortgesetzt hielt er Besprechungen mit Vertretern dieser Bezirke ab, um auch im Reiche der Spartakusbewegung einen starken organisatorischen Rückhalt zu verschaffen. Zu den stärkeren Bezirken gehörten

neben Berlin das Ruhrgebiet, Chemnitz, Niederrhein, Wasserkante, Nordwest, Hessen-Frankfurt, Stuttgart, Braunschweig, Oberschlesien, Leipzig, Dresden, Thüringen, Ostpreußen, Magdeburg, Bayern.

Immer stärker trat die Auffassung hervor, daß die Gründung einer eigenen Partei notwendig sei, um die Bewegung auch organisatorisch mehr zu festigen. Jogiches und auch Rosa Luxemburg konnten sich aber mit diesem Gedanken wenig befreunden. Sie suchten vielmehr ihr altes Ziel zu erreichen, innerhalb der USPD die Arbeiter so stark zu beeinflussen, daß die Politik des Spartakusbundes in der USPD durchgesetzt würde und die Führung der Partei in die Hände von Spartakus kam. Aber dazu war eben die Voraussetzung, daß ein Reichsparteitag der USPD einberufen wurde, um zu der Politik der USPD-Führer Stellung zu nehmen. Da bis zum 25. Dezember eine Antwort der USPD-Führer auf unsere Forderung der Einberufung des Parteitages nicht erfolgte und sie am 24. Dezember in der „Freiheit“ erklärten, daß sie den Parteitag wegen Verkehrsschwierigkeiten und wegen der Wahl-agitation nicht abhalten könnten, wurde die Einberufung einer Reichskonferenz des Spartakusbundes auf Sonnabend, den 29. Dezember, festgesetzt, auf der zur Krisis in der USPD und zur Gründung einer eigenen Partei Stellung genommen werden sollte. Die Konferenz, die im Festsaal des Landtages stattfand, war eine nichtöffentliche. Nach kurzer Debatte wurde gegen drei Stimmen die Gründung der Partei beschlossen. Über den Namen der Partei gab es einige Meinungsverschiedenheiten, wobei Rosa Luxemburg und Jogiches für den Namen „Sozialistische Arbeiterpartei“ waren, während eine Anzahl anderer Delegierter für den Namen „Kommunistische Partei Deutschlands“ eintraten. Es wurde deshalb eine Kommission eingesetzt, die sich nach längerer Diskussion für den letzteren Namen mit dem Zusatz (Spartakusbund) entschied. Die Konferenz war durch die Teilnahme an der Beerdigung der am 24. und 25. Dezember erschossenen Matrosen unterbrochen worden.

Am Montag, dem 30. Dezember, begannen die öffentlichen Verhandlungen des Parteitages, zu dem 83 Vertreter aus 46 Orten, 3 Vertreter des Roten Soldatenbundes, 1 Vertreter der Jugend und 16 auswärtige Gäste erschienen waren. Karl Liebknecht hielt

das Referat über die Krisis in der USPD und zur Gründung der KPD, die ohne Debatte beschlossen wurde. Zur Organisationsform wurde hervorgehoben, daß die Parteiorganisation im Gegensatz zur sozialdemokratischen Wahlvereinsorganisation sich auf den Betrieben aufbauen müsse und daß „kommunistische Gemeinschaften“ in den Betrieben geschaffen werden müßten. Die Obleute der Betriebe sollten den Funktionärkreis des Ortes bilden, der die Ortsleitung zu wählen hat.

Größere Auseinandersetzungen gab es auf dem Parteitag über die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung. Die Zentrale des Spartakusbundes setzte sich für die Beteiligung ein, um auch dadurch die Möglichkeit zu haben, die Massen gegen die Regierung und gegen die Nationalversammlung zu mobilisieren. Aber die dafür angeführten Gründe fanden keinerlei Verständnis bei der Mehrzahl der Parteitagsteilnehmer, von denen die meisten das Argument anführten, es sei jetzt nicht die Zeit zum Wählen, sondern man müsse den Kampf gegen die Nationalversammlung mit Massenstreiks und Maschinengewehren führen. Die Wahlbeteiligung würde nur die Arbeiter verwirren und vom Kampf ablenken. Die Abstimmung ergab, daß nur 23 Teilnehmer für und 62 gegen die Wahlbeteiligung waren. Genossin *Luxemburg* und Genosse *Jogiches* waren durch diese Abstimmung außerordentlich enttäuscht, sie sahen in dieser Stellungnahme das Unverständnis für die Aufgaben der Partei und fürchteten in dem Überwiegen solcher Stimmungen eine gefährliche Entwicklung der Partei. Aber sie ließen es doch nicht auf eine Spaltung der Teilnehmerschaft ankommen, weil sie überzeugt waren, daß die Parteimitgliedschaft sich sehr bald von der Unrichtigkeit dieses Beschlusses überzeugen würde.

Der Parteitag nahm dann zu dem Programm und der politischen Situation Stellung, worüber die Genossin *Luxemburg* referierte. Das Programm wurde einstimmig angenommen. Ferner wurde zu den Wirtschaftskämpfen und zur Internationalen Konferenz in Bern Stellung genommen.

Am Schluß erlitt der Parteitag in der Erledigung seiner Tagesordnung noch insofern eine starke Verzögerung, als dem Parteitag mitgeteilt wurde, daß von den revolutionären Obleuten unter Führung von *Ledebour*, *Däumig*, *Müller* und einigen anderen

Genossen Stimmung für die Gründung einer eigenen Partei gemacht würde, um zu verhindern, daß sich die Obleute der kommunistischen Partei anschließen. Als sich die völlige Ausichtslosigkeit der weiteren Verhandlungen ergab, beschloß der Parteitag einen scharfen Protest gegen die politischen Quertreibern dieser scheinradikalen Elemente an der Spitze der Obleute und forderte die Obleute zum Eintritt in die Partei auf.

Damit waren die Arbeiten des Parteitages beendet, die Kommunistische Partei Deutschlands war gegründet, und ihre Arbeit zur Mobilisierung der werktätigen Massen zur Organisation der Revolution, die Herausbildung zur Massenpartei, sollte beginnen. Die Spartakusbewegung hatte nunmehr noch einen weiteren offenen Feind, die USPD, die sich der Hetze gegen Spartakus in gesteigerter Weise anschloß. Die Gründung der kommunistischen Partei signalisierte der Bourgeoisie und den Sozialdemokraten verschärften Kampf der Arbeitermassen. Darum war ihr ganzes Bestreben auf die Vernichtung der Spartakusbewegung und ihrer Führer eingestellt. In ganz offener Weise wurde die Mordhetze gegen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht betrieben, Plakate in den Straßen forderten offen zum Mord auf. Bei den Soldaten wurden Kopfpreise auf die beiden Führer der Spartakusbewegung ausgesetzt. Sie wurden als die Urheber alles Unheils bezeichnet, ihre Beseitigung als die Behebung alles Elends hingestellt. So war eine Meute von Spitzeln und gedungenen Mordbuben hinter Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht her, und es bedurfte der ganzen Aufmerksamkeit, um sie davor zu schützen. Aber beide lehnten alle Vorschläge, sich dieser Verfolgung etwas zu entziehen, ab. Sie wollten in engster Verbindung mit den Massen bleiben, um ihnen in ihrem Kampfe gegen die Konterrevolution nicht nur beizustehen, sondern auch diesen Kampf selbst mit aller Kraft zu führen.

Die Januarkämpfe

Die Konterrevolution unternahm am 4. Januar einen weiteren Vorstoß, indem Eichhorn von dem sozialdemokratischen preussischen Minister Hirsch aufgefordert wurde, den Polizeipräsidentenposten von Berlin abzugeben. Es war das in Berlin noch die

einzigste Position, über die die Sozialdemokraten nicht ungehindert verfügten. Die unabhängigen Volksbeauftragten waren endlich am 27. Dezember wegen der Matrosenerschießung aus der Regierung ausgetreten. Auch die unabhängigen Minister in der preussischen Regierung legten am 3. Januar ihre Posten nieder, weil sie nicht mit der Ernennung des Obersten Reinhardt zum Kriegsminister einverstanden waren. So sollte also nur noch das Polizeipräsidium „gereinigt“ werden, wozu als Nachfolger von Eichhorn der Sozialdemokrat Eugen Ernst bestimmt war. Als diese Anordnung der preussischen Regierung bekannt wurde, rief „Die Rote Fahne“ sofort erneut zum schärfsten Kampf gegen die Regierung, für Entwaffnung der Gegenrevolution, Bewaffnung des Proletariats, zum Zusammenschluß aller der Revolution treuen Truppenteile auf. Es war klar, daß hier ein entscheidender Vorstoß der Konterrevolution in Berlin gemacht wurde, um das Berliner Proletariat durch einen großen Massenmord von weiteren Kämpfen abzuschrecken. Natürlich richtete sich dieser Vorstoß der Konterrevolution gegen die Spartakusbewegung, wie Ernst das später noch ausdrücklich bestätigte.

In einer Sitzung der revolutionären Obleute am Sonnabend, dem 4. Januar, an der Liebknecht und ich teilnahmen, war allgemein die Auffassung vorhanden, daß Eichhorn unter keinen Umständen der Absetzung Folge leisten und der Kampf dagegen bis zum Sturz der Regierung geführt werden sollte. Däumig äußerte wohl dagegen Bedenken, weil die Arbeiter „nicht genügend bewaffnet und militärisch organisiert“ seien und es deshalb leicht zu einer Niederlage kommen könnte, bei der die Bourgeoisie eine Massenschlächterei unter der Arbeiterschaft vornehmen würde. Er war zwar auch dagegen, daß Eichhorn der Absetzung Folge leistete, vermochte jedoch keinen Ausweg anzugeben, wie der Regierung entgegengetreten werden sollte. Ich führte demgegenüber aus, daß entweder schnelles Handeln oder völlige Kapitulation die einzige Lösung sei. Die Regierung versuche größere Truppenmassen heranzuziehen, und nur durch ein schnelles, entschlossenes Handeln könne die Berliner Arbeiterschaft der Regierung zuvorkommen und sie stürzen. Im anderen Falle werde die Regierung ihren Willen unter allen Umständen durchsetzen. Von Brühl wurde im Auftrage des Zentralvorstan-

Genossen Stimmung für die Gründung einer eigenen Partei gemacht würde, um zu verhindern, daß sich die Obleute der kommunistischen Partei anschließen. Als sich die völlige Ausichtslosigkeit der weiteren Verhandlungen ergab, beschloß der Parteitag einen scharfen Protest gegen die politischen Quertreibern dieser scheinradikalen Elemente an der Spitze der Obleute und forderte die Obleute zum Eintritt in die Partei auf.

Damit waren die Arbeiten des Parteitages beendet, die Kommunistische Partei Deutschlands war gegründet, und ihre Arbeit zur Mobilisierung der werktätigen Massen zur Organisation der Revolution, die Herausbildung zur Massenpartei, sollte beginnen. Die Spartakusbewegung hatte nunmehr noch einen weiteren offenen Feind, die USPD, die sich der Hetze gegen Spartakus in gesteigerter Weise anschloß. Die Gründung der kommunistischen Partei signalisierte der Bourgeoisie und den Sozialdemokraten verschärften Kampf der Arbeitermassen. Darum war ihr ganzes Bestreben auf die Vernichtung der Spartakusbewegung und ihrer Führer eingestellt. In ganz offener Weise wurde die Mordhetze gegen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht betrieben, Plakate in den Straßen forderten offen zum Mord auf. Bei den Soldaten wurden Kopfpreise auf die beiden Führer der Spartakusbewegung ausgesetzt. Sie wurden als die Urheber alles Unheils bezeichnet, ihre Beseitigung als die Behebung alles Elends hingestellt. So war eine Meute von Spitzeln und gedungenen Mordbuben hinter Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht her, und es bedurfte der ganzen Aufmerksamkeit, um sie davor zu schützen. Aber beide lehnten alle Vorschläge, sich dieser Verfolgung etwas zu entziehen, ab. Sie wollten in engster Verbindung mit den Massen bleiben, um ihnen in ihrem Kampfe gegen die Konterrevolution nicht nur beizustehen, sondern auch diesen Kampf selbst mit aller Kraft zu führen.

Die Januarkämpfe

Die Konterrevolution unternahm am 4. Januar einen weiteren Vorstoß, indem Eichhorn von dem sozialdemokratischen preussischen Minister Hirsch aufgefordert wurde, den Polizeipräsidentenposten von Berlin abzugeben. Es war das in Berlin noch die

einzigste Position, über die die Sozialdemokraten nicht ungehindert verfügten. Die unabhängigen Volksbeauftragten waren endlich am 27. Dezember wegen der Matrosenerschießung aus der Regierung ausgetreten. Auch die unabhängigen Minister in der preussischen Regierung legten am 3. Januar ihre Posten nieder, weil sie nicht mit der Ernennung des Obersten Reinhardt zum Kriegsminister einverstanden waren. So sollte also nur noch das Polizeipräsidium „gereinigt“ werden, wozu als Nachfolger von Eichhorn der Sozialdemokrat Eugen Ernst bestimmt war. Als diese Anordnung der preussischen Regierung bekannt wurde, rief „Die Rote Fahne“ sofort erneut zum schärfsten Kampf gegen die Regierung, für Entwaffnung der Gegenrevolution, Bewaffnung des Proletariats, zum Zusammenschluß aller der Revolution treuen Truppenteile auf. Es war klar, daß hier ein entscheidender Vorstoß der Konterrevolution in Berlin gemacht wurde, um das Berliner Proletariat durch einen großen Massenmord von weiteren Kämpfen abzuschrecken. Natürlich richtete sich dieser Vorstoß der Konterrevolution gegen die Spartakusbewegung, wie Ernst das später noch ausdrücklich bestätigte.

In einer Sitzung der revolutionären Obleute am Sonnabend, dem 4. Januar, an der Liebknecht und ich teilnahmen, war allgemein die Auffassung vorhanden, daß Eichhorn unter keinen Umständen der Absetzung Folge leisten und der Kampf dagegen bis zum Sturz der Regierung geführt werden sollte. Däumig äußerte wohl dagegen Bedenken, weil die Arbeiter „nicht genügend bewaffnet und militärisch organisiert“ seien und es deshalb leicht zu einer Niederlage kommen könnte, bei der die Bourgeoisie eine Massenschlächterei unter der Arbeiterschaft vornehmen würde. Er war zwar auch dagegen, daß Eichhorn der Absetzung Folge leistete, vermochte jedoch keinen Ausweg anzugeben, wie der Regierung entgegengetreten werden sollte. Ich führte demgegenüber aus, daß entweder schnelles Handeln oder völlige Kapitulation die einzige Lösung sei. Die Regierung versuche größere Truppenmassen heranzuziehen, und nur durch ein schnelles, entschlossenes Handeln könne die Berliner Arbeiterschaft der Regierung zuvorkommen und sie stürzen. Im anderen Falle werde die Regierung ihren Willen unter allen Umständen durchsetzen. Von Brühl wurde im Auftrage des Zentralvorstan-

des der Groß-Berliner Wahlvereine der USPD erklärt, daß dieser in seiner soeben beendeten Sitzung einstimmig beschlossen habe, die Arbeiter zum schärfsten Vorgehen gegen die Regierung aufzufordern, und erklärte sich völlig mit meinen Ausführungen einverstanden. Das gleiche geschah von Ledebour. Liebknecht ergänzte noch meine Ausführungen in der gleichen Richtung. Es wurde beschlossen, zum nächsten Tage, am Sonntag, dem 5. Januar, die Berliner Arbeiterschaft zu einer Demonstration, nachmittags 2 Uhr, von der Siegesallee beginnend, aufzufordern. Die in den Betrieben gebildeten bewaffneten Stoßtrupps („schwarze Katzen“ genannt, gegenüber den „weißen Katzen“, die den Kurierdienst zu leisten hatten) sollten bei der Demonstration bewaffnet erscheinen, um einem Überfall durch die Regierungstruppen entgegenzutreten zu können. Die Demonstration führte zur Besetzung der großen Zeitungsunternehmen: Vorwärts, Ullstein, Mosse, Scherl und Wolffsches Telegraphenbüro.

Die Obleutesitzung, die am Sonntagabend stattfand, rief in einem Aufruf die Arbeiter zum nächsten Tag auf, mit dem Massenstreik einzusetzen. Auch wurde ein Aktionsausschuß gewählt, in dem alle politischen und militärischen Körperschaften vertreten waren, die mit der Bewegung sympathisierten, darunter auch die Matrosen und Vertreter der Berliner Garnison. Der Ausschuß verlegte sein Quartier nach dem Marstallgebäude.

Die Arbeiter verließen am 6. Januar zum größten Teil die Betriebe und strömten in das Zentrum der Stadt. Im Marstall, im Polizeipräsidium und an anderen Stellen wurden Waffen an die Arbeiter ausgegeben, so daß die Demonstrationen zum Teil bewaffneten Schutz erhielten. Auch die Sozialdemokraten begannen ihre Anhänger zu bewaffnen und forderten zum Kampf gegen Spartakus auf. Von dem Aktionsausschuß der Obleute wurden eine Anzahl Genossen in die Kasernen geschickt, um die Soldaten zum Anschluß an diese Aktion zu veranlassen.

Im Marstall erschienen mehrfach Deputationen von Regimentern, die sich zum Anschluß an den Aufstand bereit erklärten, wenn ihnen die Versicherung gegeben würde, daß die bisherige Regierung nicht mehr existiere, der sie den Treueid geleistet hätten. Unter diesen Umständen wurde von mir folgendes Dokument auf der Schreibmaschine hergestellt:

„Kameraden! Arbeiter!

Die Regierung Ebert-Scheidemann hat sich unmöglich gemacht. Sie ist von dem unterzeichneten Revolutionsausschuß der Vertretung der revolutionären sozialdemokratischen Arbeiter und Soldaten (Unabhängige Sozialdemokratische Partei und Kommunistische Partei) für abgesetzt erklärt. Der unterzeichnete Revolutionsausschuß hat die Regierungsgeschäfte vorläufig übernommen.

Kameraden! Arbeiter!

Schließt euch den Maßnahmen des Revolutionsausschusses an.

Berlin, den 6. Januar 1919.

Der Revolutionsausschuß

i. V.: Ledebour, Liebknecht, Scholze“

Eine Soldatendeputation verlangte die handschriftliche Unterschrift des Dokuments, das dann auch von Liebknecht und Scholze gezeichnet wurde; für den abwesenden Ledebour unterzeichnete nochmals Karl Liebknecht. Natürlich war dieses Dokument nur Mittel zum Zweck, die schwankenden Soldaten zu veranlassen, sich dem Aufstand der Arbeiter anzuschließen und ihnen über ihre Skrupel wegen des Treueides gegenüber der Ebert-Scheidemann-Regierung hinwegzuhelfen. Aber bei der allgemeinen Unentschlossenheit der Führung der Aktion blieb dieser Versuch erfolglos. Sogar die Matrosen, denen die revolutionären Arbeiter bei dem Weihnachtsüberfall durch die Regierung beigestanden hatten, ließen die Arbeiter im Stich, wobei sich deren Führung auf die Verpflichtung berief, die sie bei Abschluß des Weihnachtskampfes übernommen hatte, nicht mehr gegen die Regierung zu kämpfen.

Die Zentrale der KPD konnte über diese Sitzungen nicht unterrichtet werden, auch war es nicht möglich, sie sofort von den Beschlüssen in Kenntnis zu setzen. So stellte sich erst später bei einer Beratung der Zentrale heraus, daß sie wohl mit dem Kampfe gegen die Regierungsmaßnahmen einverstanden war, aber nicht mit dem der Aktion gesteckten Ziele: eines Kampfes um die Regierung. Daraus ergaben sich erhebliche Meinungsverschiedenheiten über Liebknechts und meine Tätigkeit im Kreise der Obleute während dieser Aktion. Der Anlaß dazu war die Unentschlossenheit und Unklarheit, mit der die Aktion von den Führern der USPD und den Obleuten betrieben wurde, wobei besonders die Führer der USPD schon gleich in den ersten Tagen der Aktion

des der Groß-Berliner Wahlvereine der USPD erklärt, daß dieser in seiner soeben beendeten Sitzung einstimmig beschlossen habe, die Arbeiter zum schärfsten Vorgehen gegen die Regierung aufzufordern, und erklärte sich völlig mit meinen Ausführungen einverstanden. Das gleiche geschah von Ledebour. Liebknecht ergänzte noch meine Ausführungen in der gleichen Richtung. Es wurde beschlossen, zum nächsten Tage, am Sonntag, dem 5. Januar, die Berliner Arbeiterschaft zu einer Demonstration, nachmittags 2 Uhr, von der Siegesallee beginnend, aufzufordern. Die in den Betrieben gebildeten bewaffneten Stoßtrupps („schwarze Katzen“ genannt, gegenüber den „weißen Katzen“, die den Kurierdienst zu leisten hatten) sollten bei der Demonstration bewaffnet erscheinen, um einem Überfall durch die Regierungstruppen entgegenzutreten zu können. Die Demonstration führte zur Besetzung der großen Zeitungsunternehmen: Vorwärts, Ullstein, Mosse, Scherl und Wolffsches Telegraphenbüro.

Die Obleutesitzung, die am Sonntagabend stattfand, rief in einem Aufruf die Arbeiter zum nächsten Tag auf, mit dem Massenstreik einzusetzen. Auch wurde ein Aktionsausschuß gewählt, in dem alle politischen und militärischen Körperschaften vertreten waren, die mit der Bewegung sympathisierten, darunter auch die Matrosen und Vertreter der Berliner Garnison. Der Ausschuß verlegte sein Quartier nach dem Marstallgebäude.

Die Arbeiter verließen am 6. Januar zum größten Teil die Betriebe und strömten in das Zentrum der Stadt. Im Marstall, im Polizeipräsidium und an anderen Stellen wurden Waffen an die Arbeiter ausgegeben, so daß die Demonstrationen zum Teil bewaffneten Schutz erhielten. Auch die Sozialdemokraten begannen ihre Anhänger zu bewaffnen und forderten zum Kampf gegen Spartakus auf. Von dem Aktionsausschuß der Obleute wurden eine Anzahl Genossen in die Kasernen geschickt, um die Soldaten zum Anschluß an diese Aktion zu veranlassen.

Im Marstall erschienen mehrfach Deputationen von Regimentern, die sich zum Anschluß an den Aufstand bereit erklärten, wenn ihnen die Versicherung gegeben würde, daß die bisherige Regierung nicht mehr existiere, der sie den Treueid geleistet hätten. Unter diesen Umständen wurde von mir folgendes Dokument auf der Schreibmaschine hergestellt:

„Kameraden! Arbeiter!

Die Regierung Ebert-Scheidemann hat sich unmöglich gemacht. Sie ist von dem unterzeichneten Revolutionsausschuß der Vertretung der revolutionären sozialdemokratischen Arbeiter und Soldaten (Unabhängige Sozialdemokratische Partei und Kommunistische Partei) für abgesetzt erklärt. Der unterzeichnete Revolutionsausschuß hat die Regierungsgeschäfte vorläufig übernommen.

Kameraden! Arbeiter!

Schließt euch den Maßnahmen des Revolutionsausschusses an.

Berlin, den 6. Januar 1919.

Der Revolutionsausschuß

i. V.: Ledebour, Liebknecht, Scholze“

Eine Soldatendeputation verlangte die handschriftliche Unterschrift des Dokuments, das dann auch von Liebknecht und Scholze gezeichnet wurde; für den abwesenden Ledebour unterzeichnete nochmals Karl Liebknecht. Natürlich war dieses Dokument nur Mittel zum Zweck, die schwankenden Soldaten zu veranlassen, sich dem Aufstand der Arbeiter anzuschließen und ihnen über ihre Skrupel wegen des Treueides gegenüber der Ebert-Scheidemann-Regierung hinwegzuhelfen. Aber bei der allgemeinen Unentschlossenheit der Führung der Aktion blieb dieser Versuch erfolglos. Sogar die Matrosen, denen die revolutionären Arbeiter bei dem Weihnachtsüberfall durch die Regierung beigestanden hatten, ließen die Arbeiter im Stich, wobei sich deren Führung auf die Verpflichtung berief, die sie bei Abschluß des Weihnachtskampfes übernommen hatte, nicht mehr gegen die Regierung zu kämpfen.

Die Zentrale der KPD konnte über diese Sitzungen nicht unterrichtet werden, auch war es nicht möglich, sie sofort von den Beschlüssen in Kenntnis zu setzen. So stellte sich erst später bei einer Beratung der Zentrale heraus, daß sie wohl mit dem Kampfe gegen die Regierungsmaßnahmen einverstanden war, aber nicht mit dem der Aktion gesteckten Ziele: eines Kampfes um die Regierung. Daraus ergaben sich erhebliche Meinungsverschiedenheiten über Liebknechts und meine Tätigkeit im Kreise der Obleute während dieser Aktion. Der Anlaß dazu war die Unentschlossenheit und Unklarheit, mit der die Aktion von den Führern der USPD und den Obleuten betrieben wurde, wobei besonders die Führer der USPD schon gleich in den ersten Tagen der Aktion

in Verhandlungen mit den Sozialdemokraten eintraten und damit natürlich nicht das geringste Interesse an einer Steigerung der Aktion hatten. Die Zentrale unterstützte trotzdem die ganze Aktion mit ganzer Kraft, und ungeheure Massen folgten ihren Aufrufen zu den Demonstrationen.

Der ganzen Bewegung fehlte aber eine entschlossene Führung, die an den ersten Tagen durchaus in der Lage gewesen wäre, die Regierung zu verjagen und die politische Macht in die Hände der Arbeiter zu bringen. Der jungen Kommunistischen Partei der Berliner Organisation fehlten dazu die Kräfte, und die USPD-Führer scheuten vor dieser Konsequenz zurück, sie verlegten ihre ganze Tätigkeit auf das Verhandeln mit den Sozialdemokraten und eine Verständigung mit ihnen. Die Sozialdemokraten waren zu diesen Verhandlungen nur deshalb bereit, um Zeit zu gewinnen, die sie zur stärksten Heranziehung von Truppen und zur Mobilisierung eigener bewaffneter Kräfte benutzten. Gegen dieses Verhalten der USPD-Führer erhob Genossin Luxemburg in der „Roten Fahne“ scharfsten Einspruch und klagte sie an, die Zeit mit Verhandlungen zu vertrödeln, während die Massen bewaffnet auf den Straßen stehen, ohne Führung, ohne Direktiven.

Die revolutionären Obleute, unter denen ein großer Teil zu jeder revolutionären Aktion bereit war, vermochten aber ebenfalls der ganzen Aktion keine geschlossene Führung zu verschaffen. So wurde die ganze Aktion zu einem planlosen Herumziehen der großen Arbeitermassen in den Straßen Berlins, während die Konterrevolution, die sich Noske als Führer heranholte, zum entscheidenden Schlage ausholte.

Die Zentrale der KPD hielt am 8. Januar eine Sitzung ab, in der von *Jogiches* und *Rosa Luxemburg* schärfste Kritik an der Führung dieser Aktion geübt und kategorisch gefordert wurde, daß *Liebknecht* und ich aus dem Aktionsausschuß der Obleute austreten. Es fiel *Liebknecht* außerordentlich schwer, diesem Beschluß Folge zu leisten, er war zu sehr mit den revolutionären Arbeitern verbunden, übersah aber, daß auch sein Verbleiben im Aktionsausschuß die Bewegung nicht mehr zu retten vermochte.

Infolge der Unentschlossenheit der Führung der ganzen Aktion war in einer Betriebsversammlung der Großbetriebe AEG und Schwartzkopff am 8. Januar beschlossen worden, unter allen

Umständen eine Einigung der Arbeiter herbeizuführen, um dem gegenseitigen Morden ein Ende zu machen. Es war eine Kommission von zwei SPD-, zwei USPD- und zwei KPD-Arbeitern gebildet worden, die ihre Forderung der Einigung der Arbeiter beim Zentralvorstand der USPD und bei den Obleuten vertraten. *Liebknecht* setzte dieser Kommission in der Sitzung der Obleute auseinander, daß die Kommunisten die Einigung der Arbeiter gegen die Bourgeoisie erstreben, aber diese Einigung würde verhindert durch die Politik der Sozialdemokraten, die mit der Bourgeoisie gingen. Wenn die Arbeiter diese Politik verurteilen und sich von den Sozialdemokraten loslösen und für die Revolution kämpfen, dann wäre die Einigung möglich.

Was die Genossin *Rosa Luxemburg* und der Genosse *Jogiches* vorausgesagt hatten, trat ein: auch die Obleute begannen zu schwanken und sprachen sich schließlich dafür aus, die Kampfpositionen der Arbeiter preiszugeben und mit den Sozialdemokraten wegen der Besetzung des Polizeipräsidentenpostens zu verhandeln. So wurde dann am 10. Januar von der Zentrale der KPD ein Schreiben an die Obleute gerichtet, daß die beiden KPD-Vertreter aus dem Aktionsausschuß zurückgezogen und in Zukunft nur noch zu Informationszwecken an den Sitzungen der Obleute teilnehmen werden. Unbeschadet aller Differenzen werde die KPD Schulter an Schulter mit den revolutionären Obleuten kämpfen, wenn immer sie zu einer konsequenten revolutionären Aktion schreiten.

Am 11. Januar setzte der Sturm der unter Führung von *Noske* herangeholten Regierungstruppen auf das Zentrum der Stadt, insbesondere auf das von den revolutionären Arbeitern besetzte „Vorwärts“-Gebäude, ein. Mit unerhörter Grausamkeit wurden die Arbeiter unter schwerem Geschützfeuer zur Kapitulation gezwungen. Die sieben Parlamentäre wurden in unerhörter Weise mißhandelt und erschossen.

Der Meuchelmord an Rosa Luxemburg und Karl Liebkecht

Trotz aller Verfolgungen gelang es auch in diesen Tagen des weißen Terrors in den Straßen Berlins „*Die Rote Fahne*“ herauszubringen, obwohl ein Überfall nach dem anderen auf das

in Verhandlungen mit den Sozialdemokraten eintraten und damit natürlich nicht das geringste Interesse an einer Steigerung der Aktion hatten. Die Zentrale unterstützte trotzdem die ganze Aktion mit ganzer Kraft, und ungeheure Massen folgten ihren Aufrufen zu den Demonstrationen.

Der ganzen Bewegung fehlte aber eine entschlossene Führung, die an den ersten Tagen durchaus in der Lage gewesen wäre, die Regierung zu verjagen und die politische Macht in die Hände der Arbeiter zu bringen. Der jungen Kommunistischen Partei der Berliner Organisation fehlten dazu die Kräfte, und die USPD-Führer scheuten vor dieser Konsequenz zurück, sie verlegten ihre ganze Tätigkeit auf das Verhandeln mit den Sozialdemokraten und eine Verständigung mit ihnen. Die Sozialdemokraten waren zu diesen Verhandlungen nur deshalb bereit, um Zeit zu gewinnen, die sie zur stärksten Heranziehung von Truppen und zur Mobilisierung eigener bewaffneter Kräfte benutzten. Gegen dieses Verhalten der USPD-Führer erhob Genossin Luxemburg in der „Roten Fahne“ scharfsten Einspruch und klagte sie an, die Zeit mit Verhandlungen zu vertrödeln, während die Massen bewaffnet auf den Straßen stehen, ohne Führung, ohne Direktiven.

Die revolutionären Obleute, unter denen ein großer Teil zu jeder revolutionären Aktion bereit war, vermochten aber ebenfalls der ganzen Aktion keine geschlossene Führung zu verschaffen. So wurde die ganze Aktion zu einem planlosen Herumziehen der großen Arbeitermassen in den Straßen Berlins, während die Konterrevolution, die sich Noske als Führer heranholte, zum entscheidenden Schlage ausholte.

Die Zentrale der KPD hielt am 8. Januar eine Sitzung ab, in der von *Jogiches* und *Rosa Luxemburg* schärfste Kritik an der Führung dieser Aktion geübt und kategorisch gefordert wurde, daß *Liebknecht* und ich aus dem Aktionsausschuß der Obleute austreten. Es fiel *Liebknecht* außerordentlich schwer, diesem Beschluß Folge zu leisten, er war zu sehr mit den revolutionären Arbeitern verbunden, übersah aber, daß auch sein Verbleiben im Aktionsausschuß die Bewegung nicht mehr zu retten vermochte.

Infolge der Unentschlossenheit der Führung der ganzen Aktion war in einer Betriebsversammlung der Großbetriebe AEG und Schwartzkopff am 8. Januar beschlossen worden, unter allen

Umständen eine Einigung der Arbeiter herbeizuführen, um dem gegenseitigen Morden ein Ende zu machen. Es war eine Kommission von zwei SPD-, zwei USPD- und zwei KPD-Arbeitern gebildet worden, die ihre Forderung der Einigung der Arbeiter beim Zentralvorstand der USPD und bei den Obleuten vertraten. *Liebknecht* setzte dieser Kommission in der Sitzung der Obleute auseinander, daß die Kommunisten die Einigung der Arbeiter gegen die Bourgeoisie erstreben, aber diese Einigung würde verhindert durch die Politik der Sozialdemokraten, die mit der Bourgeoisie gingen. Wenn die Arbeiter diese Politik verurteilen und sich von den Sozialdemokraten loslösen und für die Revolution kämpfen, dann wäre die Einigung möglich.

Was die Genossin *Rosa Luxemburg* und der Genosse *Jogiches* vorausgesagt hatten, trat ein: auch die Obleute begannen zu schwanken und sprachen sich schließlich dafür aus, die Kampfpositionen der Arbeiter preiszugeben und mit den Sozialdemokraten wegen der Besetzung des Polizeipräsidentenpostens zu verhandeln. So wurde dann am 10. Januar von der Zentrale der KPD ein Schreiben an die Obleute gerichtet, daß die beiden KPD-Vertreter aus dem Aktionsausschuß zurückgezogen und in Zukunft nur noch zu Informationszwecken an den Sitzungen der Obleute teilnehmen werden. Unbeschadet aller Differenzen werde die KPD Schulter an Schulter mit den revolutionären Obleuten kämpfen, wenn immer sie zu einer konsequenten revolutionären Aktion schreiten.

Am 11. Januar setzte der Sturm der unter Führung von *Noske* herangeholten Regierungstruppen auf das Zentrum der Stadt, insbesondere auf das von den revolutionären Arbeitern besetzte „Vorwärts“-Gebäude, ein. Mit unerhörter Grausamkeit wurden die Arbeiter unter schwerem Geschützfeuer zur Kapitulation gezwungen. Die sieben Parlamentäre wurden in unerhörter Weise mißhandelt und erschossen.

Der Meuchelmord an Rosa Luxemburg und Karl Liebkecht

Trotz aller Verfolgungen gelang es auch in diesen Tagen des weißen Terrors in den Straßen Berlins „*Die Rote Fahne*“ herauszubringen, obwohl ein Überfall nach dem anderen auf das

Druckereigebäude unternommen wurde. Das Zentralbüro der Partei in der Friedrichstraße wurde militärisch besetzt. Die Führung der Partei kam in eine sehr schwierige Situation. Jeden Augenblick mußte mit der Verhaftung aller Genossen gerechnet werden, was bei dem Wüten des Terrors die schwerste Gefährdung ihres Lebens bedeutete. Andererseits wollte kein Genosse den Kampfplatz verlassen, auf dem die Arbeiter immer noch zu einem großen Teil gegen die Regierungstruppen kämpften. Erst als bereits drei führende Genossen verhaftet waren, gelang es Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von der Notwendigkeit zu überzeugen, sich mehr vor den Verfolgern zu verbergen.

Aber beide wollten unter allen Umständen die Redaktion der „Roten Fahne“ weiterführen, um so lange wie möglich dieses Kampforgan den Arbeitern zu erhalten. So wurden sie zunächst beide in eine Privatwohnung nach Neukölln gebracht. Aber der mit ihrer Redaktionstätigkeit verbundene Verkehr war zu auffällig, so daß schon nach zwei Tagen sich die Notwendigkeit des Quartierwechsels ergab.

Das neue Quartier wurde in Wilmersdorf gefunden. Dort nahmen beide Genossen sofort wieder ihre Redaktionstätigkeit auf. Rosa schrieb ihren Artikel „Die Ordnung herrscht in Berlin“, der ihr letzter sein sollte, der in der „Roten Fahne“ veröffentlicht wurde. Karl Liebknecht schrieb am 14. Januar seinen Artikel „Trotz alledem“, der in der letzten Nummer der „Roten Fahne“ am 15. Januar erschien. Von beiden Zeitungen war ein großer Teil der Auflage in und vor der Druckerei beschlagnahmt worden, doch gelang es uns, einen großen Teil der Auflage herauszubringen.

Durch bisher unaufgeklärte Zusammenhänge mußte der Aufenthalt von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verraten worden sein, so daß beide am Abend des 15. Januar in ihrem illegalen Quartier verhaftet und nach dem Eden-Hotel im Westen Berlins gebracht wurden, wo sich das Hauptquartier der von Noske zur Unterdrückung der revolutionären Bewegung herangeholten Gardekavallerie-Schützen-Division befand. Hier wurden beide von den durch die Spartakushetze aufgepeitschten Offizieren und Soldaten meuchlings ermordet. Karl Liebknecht wurde im Tiergarten hinterrücks erschossen und als unbekannte Leiche in einem Schauhaus eingeliefert. Rosa Luxemburg war auf dem

Abtransport im Auto erschossen und in den Landwehrkanal geworfen worden, wo ihre Leiche am 31. Mai aufgefunden wurde. Auch ich wurde in dem illegalen Quartier der beiden Genossen verhaftet und mit Rosa Luxemburg nach dem Eden-Hotel gebracht. Dort gelang es mir, die Mörder über meine Person zu täuschen und nach einigen Tagen zu fliehen.

Die KPD trotz alledem!

Mit diesem Meuchelmord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, an dem die Sozialdemokraten, allen voran *Scheidemann*, durch ihre infame Hetze die intellektuelle Schuld tragen, waren der Kommunistischen Partei Deutschlands die eigentlichen Führer genommen. Und doch war die Partei bereits so in der Arbeiterschaft verwurzelt, daß es auch dem schlimmsten Terror, Belagerungszustand, Verbot der Partei und ihrer Zeitung durch den sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert nicht gelang, die revolutionäre Bewegung unter Führung der Partei zu unterdrücken. *Leo Jogiches* führte die Partei weiter, aber auch ihn erreichte am 10. März die Kugel gedungener Meuchelmörder. So mußte die Partei ihre Arbeit ohne die besten und befähigsten Führer fortführen. Sie tat es, wenn auch unter vielen Fehlern und Mängeln, gestützt auf die Lehre von Marx und Lenin und unterstützt durch die Erfahrung der russischen Bruderpartei. Sie wuchs durch diese Arbeit zur Massenpartei heran, geläutert durch die verschiedenen inneren Führerkrisen, gestärkt durch die Kommunistische Internationale und ihre Beschlüsse. Sie gibt die Sicherheit, daß auf den 9. November 1918, der die bürgerliche Republik in Deutschland schuf, der Tag folgen wird, an dem die Sowjetrepublik, die Diktatur des Proletariats, im revolutionären Kampf erstehen wird.

Der geschichtliche Rückblick auf die Geburtsstunde der Kommunistischen Partei soll die Parteimitglieder immer wieder erinnern an die Notwendigkeit, die von der Partei bei der Organisation der Revolution beachtet werden muß: *Die Sammlung der Massen zum revolutionären Kampf unter Loslösung vom Reformismus und unter Schulung durch den Marxismus-Leninismus.*

Druckereigebäude unternommen wurde. Das Zentralbüro der Partei in der Friedrichstraße wurde militärisch besetzt. Die Führung der Partei kam in eine sehr schwierige Situation. Jeden Augenblick mußte mit der Verhaftung aller Genossen gerechnet werden, was bei dem Wüten des Terrors die schwerste Gefährdung ihres Lebens bedeutete. Andererseits wollte kein Genosse den Kampfplatz verlassen, auf dem die Arbeiter immer noch zu einem großen Teil gegen die Regierungstruppen kämpften. Erst als bereits drei führende Genossen verhaftet waren, gelang es Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von der Notwendigkeit zu überzeugen, sich mehr vor den Verfolgern zu verbergen.

Aber beide wollten unter allen Umständen die Redaktion der „Roten Fahne“ weiterführen, um so lange wie möglich dieses Kampforgan den Arbeitern zu erhalten. So wurden sie zunächst beide in eine Privatwohnung nach Neukölln gebracht. Aber der mit ihrer Redaktionstätigkeit verbundene Verkehr war zu auffällig, so daß schon nach zwei Tagen sich die Notwendigkeit des Quartierwechsels ergab.

Das neue Quartier wurde in Wilmersdorf gefunden. Dort nahmen beide Genossen sofort wieder ihre Redaktionstätigkeit auf. Rosa schrieb ihren Artikel „Die Ordnung herrscht in Berlin“, der ihr letzter sein sollte, der in der „Roten Fahne“ veröffentlicht wurde. Karl Liebknecht schrieb am 14. Januar seinen Artikel „Trotz alledem“, der in der letzten Nummer der „Roten Fahne“ am 15. Januar erschien. Von beiden Zeitungen war ein großer Teil der Auflage in und vor der Druckerei beschlagnahmt worden, doch gelang es uns, einen großen Teil der Auflage herauszubringen.

Durch bisher unaufgeklärte Zusammenhänge mußte der Aufenthalt von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verraten worden sein, so daß beide am Abend des 15. Januar in ihrem illegalen Quartier verhaftet und nach dem Eden-Hotel im Westen Berlins gebracht wurden, wo sich das Hauptquartier der von Noske zur Unterdrückung der revolutionären Bewegung herangeholten Gardekavallerie-Schützen-Division befand. Hier wurden beide von den durch die Spartakushetze aufgepeitschten Offizieren und Soldaten meuchlings ermordet. Karl Liebknecht wurde im Tiergarten hinterrücks erschossen und als unbekannte Leiche in einem Schauhaus eingeliefert. Rosa Luxemburg war auf dem

Abtransport im Auto erschossen und in den Landwehrkanal geworfen worden, wo ihre Leiche am 31. Mai aufgefunden wurde. Auch ich wurde in dem illegalen Quartier der beiden Genossen verhaftet und mit Rosa Luxemburg nach dem Eden-Hotel gebracht. Dort gelang es mir, die Mörder über meine Person zu täuschen und nach einigen Tagen zu fliehen.

Die KPD trotz alledem!

Mit diesem Meuchelmord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, an dem die Sozialdemokraten, allen voran *Scheidemann*, durch ihre infame Hetze die intellektuelle Schuld tragen, waren der Kommunistischen Partei Deutschlands die eigentlichen Führer genommen. Und doch war die Partei bereits so in der Arbeiterschaft verwurzelt, daß es auch dem schlimmsten Terror, Belagerungszustand, Verbot der Partei und ihrer Zeitung durch den sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert nicht gelang, die revolutionäre Bewegung unter Führung der Partei zu unterdrücken. *Leo Jogiches* führte die Partei weiter, aber auch ihn erreichte am 10. März die Kugel gedungener Meuchelmörder. So mußte die Partei ihre Arbeit ohne die besten und befähigsten Führer fortführen. Sie tat es, wenn auch unter vielen Fehlern und Mängeln, gestützt auf die Lehre von Marx und Lenin und unterstützt durch die Erfahrung der russischen Bruderpartei. Sie wuchs durch diese Arbeit zur Massenpartei heran, geläutert durch die verschiedenen inneren Führerkrisen, gestärkt durch die Kommunistische Internationale und ihre Beschlüsse. Sie gibt die Sicherheit, daß auf den 9. November 1918, der die bürgerliche Republik in Deutschland schuf, der Tag folgen wird, an dem die Sowjetrepublik, die Diktatur des Proletariats, im revolutionären Kampf erstehen wird.

Der geschichtliche Rückblick auf die Geburtsstunde der Kommunistischen Partei soll die Parteimitglieder immer wieder erinnern an die Notwendigkeit, die von der Partei bei der Organisation der Revolution beachtet werden muß: *Die Sammlung der Massen zum revolutionären Kampf unter Loslösung vom Reformismus und unter Schulung durch den Marxismus-Leninismus.*

Druckereigebäude unternommen wurde. Das Zentralbüro der Partei in der Friedrichstraße wurde militärisch besetzt. Die Führung der Partei kam in eine sehr schwierige Situation. Jeden Augenblick mußte mit der Verhaftung aller Genossen gerechnet werden, was bei dem Wüten des Terrors die schwerste Gefährdung ihres Lebens bedeutete. Andererseits wollte kein Genosse den Kampfplatz verlassen, auf dem die Arbeiter immer noch zu einem großen Teil gegen die Regierungstruppen kämpften. Erst als bereits drei führende Genossen verhaftet waren, gelang es Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von der Notwendigkeit zu überzeugen, sich mehr vor den Verfolgern zu verbergen.

Aber beide wollten unter allen Umständen die Redaktion der „Roten Fahne“ weiterführen, um so lange wie möglich dieses Kampforgan den Arbeitern zu erhalten. So wurden sie zunächst beide in eine Privatwohnung nach Neukölln gebracht. Aber der mit ihrer Redaktionstätigkeit verbundene Verkehr war zu auffällig, so daß schon nach zwei Tagen sich die Notwendigkeit des Quartierwechsels ergab.

Das neue Quartier wurde in Wilmersdorf gefunden. Dort nahmen beide Genossen sofort wieder ihre Redaktionstätigkeit auf. Rosa schrieb ihren Artikel „Die Ordnung herrscht in Berlin“, der ihr letzter sein sollte, der in der „Roten Fahne“ veröffentlicht wurde. Karl Liebknecht schrieb am 14. Januar seinen Artikel „Trotz alledem“, der in der letzten Nummer der „Roten Fahne“ am 15. Januar erschien. Von beiden Zeitungen war ein großer Teil der Auflage in und vor der Druckerei beschlagnahmt worden, doch gelang es uns, einen großen Teil der Auflage herauszubringen.

Durch bisher unaufgeklärte Zusammenhänge mußte der Aufenthalt von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verraten worden sein, so daß beide am Abend des 15. Januar in ihrem illegalen Quartier verhaftet und nach dem Eden-Hotel im Westen Berlins gebracht wurden, wo sich das Hauptquartier der von Noske zur Unterdrückung der revolutionären Bewegung herangeholten Gardekavallerie-Schützen-Division befand. Hier wurden beide von den durch die Spartakushetze aufgepeitschten Offizieren und Soldaten meuchlings ermordet. Karl Liebknecht wurde im Tiergarten hinterrücks erschossen und als unbekannte Leiche in einem Schauhaus eingeliefert. Rosa Luxemburg war auf dem

Abtransport im Auto erschossen und in den Landwehrkanal geworfen worden, wo ihre Leiche am 31. Mai aufgefunden wurde. Auch ich wurde in dem illegalen Quartier der beiden Genossen verhaftet und mit Rosa Luxemburg nach dem Eden-Hotel gebracht. Dort gelang es mir, die Mörder über meine Person zu täuschen und nach einigen Tagen zu fliehen.

Die KPD trotz alledem!

Mit diesem Meuchelmord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, an dem die Sozialdemokraten, allen voran *Scheidemann*, durch ihre infame Hetze die intellektuelle Schuld tragen, waren der Kommunistischen Partei Deutschlands die eigentlichen Führer genommen. Und doch war die Partei bereits so in der Arbeiterschaft verwurzelt, daß es auch dem schlimmsten Terror, Belagerungszustand, Verbot der Partei und ihrer Zeitung durch den sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert nicht gelang, die revolutionäre Bewegung unter Führung der Partei zu unterdrücken. *Leo Jogiches* führte die Partei weiter, aber auch ihn erreichte am 10. März die Kugel gedungener Meuchelmörder. So mußte die Partei ihre Arbeit ohne die besten und befähigsten Führer fortführen. Sie tat es, wenn auch unter vielen Fehlern und Mängeln, gestützt auf die Lehre von Marx und Lenin und unterstützt durch die Erfahrung der russischen Bruderpartei. Sie wuchs durch diese Arbeit zur Massenpartei heran, geläutert durch die verschiedenen inneren Führerkrisen, gestärkt durch die Kommunistische Internationale und ihre Beschlüsse. Sie gibt die Sicherheit, daß auf den 9. November 1918, der die bürgerliche Republik in Deutschland schuf, der Tag folgen wird, an dem die Sowjetrepublik, die Diktatur des Proletariats, im revolutionären Kampf erstehen wird.

Der geschichtliche Rückblick auf die Geburtsstunde der Kommunistischen Partei soll die Parteimitglieder immer wieder erinnern an die Notwendigkeit, die von der Partei bei der Organisation der Revolution beachtet werden muß: *Die Sammlung der Massen zum revolutionären Kampf unter Loslösung vom Reformismus und unter Schulung durch den Marxismus-Leninismus.*

Druckereigebäude unternommen wurde. Das Zentralbüro der Partei in der Friedrichstraße wurde militärisch besetzt. Die Führung der Partei kam in eine sehr schwierige Situation. Jeden Augenblick mußte mit der Verhaftung aller Genossen gerechnet werden, was bei dem Wüten des Terrors die schwerste Gefährdung ihres Lebens bedeutete. Andererseits wollte kein Genosse den Kampfplatz verlassen, auf dem die Arbeiter immer noch zu einem großen Teil gegen die Regierungstruppen kämpften. Erst als bereits drei führende Genossen verhaftet waren, gelang es Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von der Notwendigkeit zu überzeugen, sich mehr vor den Verfolgern zu verbergen.

Aber beide wollten unter allen Umständen die Redaktion der „Roten Fahne“ weiterführen, um so lange wie möglich dieses Kampforgan den Arbeitern zu erhalten. So wurden sie zunächst beide in eine Privatwohnung nach Neukölln gebracht. Aber der mit ihrer Redaktionstätigkeit verbundene Verkehr war zu auffällig, so daß schon nach zwei Tagen sich die Notwendigkeit des Quartierwechsels ergab.

Das neue Quartier wurde in Wilmersdorf gefunden. Dort nahmen beide Genossen sofort wieder ihre Redaktionstätigkeit auf. Rosa schrieb ihren Artikel „Die Ordnung herrscht in Berlin“, der ihr letzter sein sollte, der in der „Roten Fahne“ veröffentlicht wurde. Karl Liebknecht schrieb am 14. Januar seinen Artikel „Trotz alledem“, der in der letzten Nummer der „Roten Fahne“ am 15. Januar erschien. Von beiden Zeitungen war ein großer Teil der Auflage in und vor der Druckerei beschlagnahmt worden, doch gelang es uns, einen großen Teil der Auflage herauszubringen.

Durch bisher unaufgeklärte Zusammenhänge mußte der Aufenthalt von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verraten worden sein, so daß beide am Abend des 15. Januar in ihrem illegalen Quartier verhaftet und nach dem Eden-Hotel im Westen Berlins gebracht wurden, wo sich das Hauptquartier der von Noske zur Unterdrückung der revolutionären Bewegung herangeholten Gardekavallerie-Schützen-Division befand. Hier wurden beide von den durch die Spartakushetze aufgepeitschten Offizieren und Soldaten meuchlings ermordet. Karl Liebknecht wurde im Tiergarten hinterrücks erschossen und als unbekannte Leiche in einem Schauhaus eingeliefert. Rosa Luxemburg war auf dem

Abtransport im Auto erschossen und in den Landwehrkanal geworfen worden, wo ihre Leiche am 31. Mai aufgefunden wurde. Auch ich wurde in dem illegalen Quartier der beiden Genossen verhaftet und mit Rosa Luxemburg nach dem Eden-Hotel gebracht. Dort gelang es mir, die Mörder über meine Person zu täuschen und nach einigen Tagen zu fliehen.

Die KPD trotz alledem!

Mit diesem Meuchelmord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, an dem die Sozialdemokraten, allen voran *Scheidemann*, durch ihre infame Hetze die intellektuelle Schuld tragen, waren der Kommunistischen Partei Deutschlands die eigentlichen Führer genommen. Und doch war die Partei bereits so in der Arbeiterschaft verwurzelt, daß es auch dem schlimmsten Terror, Belagerungszustand, Verbot der Partei und ihrer Zeitung durch den sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert nicht gelang, die revolutionäre Bewegung unter Führung der Partei zu unterdrücken. *Leo Jogiches* führte die Partei weiter, aber auch ihn erreichte am 10. März die Kugel gedungener Meuchelmörder. So mußte die Partei ihre Arbeit ohne die besten und befähigsten Führer fortführen. Sie tat es, wenn auch unter vielen Fehlern und Mängeln, gestützt auf die Lehre von Marx und Lenin und unterstützt durch die Erfahrung der russischen Bruderpartei. Sie wuchs durch diese Arbeit zur Massenpartei heran, geläutert durch die verschiedenen inneren Führerkrisen, gestärkt durch die Kommunistische Internationale und ihre Beschlüsse. Sie gibt die Sicherheit, daß auf den 9. November 1918, der die bürgerliche Republik in Deutschland schuf, der Tag folgen wird, an dem die Sowjetrepublik, die Diktatur des Proletariats, im revolutionären Kampf erstehen wird.

Der geschichtliche Rückblick auf die Geburtsstunde der Kommunistischen Partei soll die Parteimitglieder immer wieder erinnern an die Notwendigkeit, die von der Partei bei der Organisation der Revolution beachtet werden muß: *Die Sammlung der Massen zum revolutionären Kampf unter Loslösung vom Reformismus und unter Schulung durch den Marxismus-Leninismus.*

Nachwort

Zehn Jahre sind seit der Gründung der KPD vergangen, Jahre voller Kämpfe, aber auch vieler Opfer, die der revolutionäre Kerntrupp im Kampfe gegen die Konterrevolution gebracht hat. Wir gedenken unserer gefallenen Kameraden und derer, die in den Kerkern der deutschen Republik schmachteten und noch gequält werden. Aber wir können auch mit Freude feststellen, daß aus der kleinen Organisation des Spartakusbundes eine Massenorganisation geworden ist, die auf allen Kampfgebieten erfolgreich die Arbeiterschaft für den Kampf sammelt und dem Reformismus zu Leibe rückt. So wichtig die Herausbildung einer mächtigen Massenorganisation ist, noch wichtiger ist ihre Bolschewisierung, ihre Erfüllung mit dem revolutionären Geiste des Klassenkampfes, mit der Herausbildung einer wirklich revolutionären Strategie, Taktik und Disziplin, wie auch der Schulung ihrer Mitglieder im Marxismus-Leninismus. Wenn auch dabei das für die höchsten Aufgaben notwendige Maß noch nicht erreicht wurde, so ist doch die klare Entwicklung zur bolschewistischen Massenorganisation vorhanden.

Die bisherige Entwicklung ist natürlich nicht ohne große Schwierigkeiten vor sich gegangen. Immer wieder stellten sich in der Partei Abweichungen von der bolschewistischen Linie heraus, die durch den Marxismus-Leninismus und die darauf basierenden Beschlüsse der Kommunistischen Internationale bestimmt ist. So hat die Partei eine Reihe von Krisen in ihrer Entwicklung durchgemacht, die aber überwiegend Krisen in der Führung der Partei waren und die immer wieder dadurch behoben wurden, daß sich die Mehrheit der Partei unter Leitung der Kommunistischen Internationale den Abweichungen und Fehlern der Führung entgegenstellte und sie überwand. So kann am Abschluß der zehnjährigen Entwicklung der Partei ohne Übertreibung gesagt werden, daß die KPD sich zu einer bolschewistischen Massenpartei entwickelt.

Diese Feststellung darf uns aber nicht veranlassen, die noch vorhandenen Schwächen und Mängel in der Partei zu übersehen, deren Beseitigung um so dringlicher wird, als die Klassengegensätze zwischen Proletariat und Bourgeoisie immer rascher zu

großen Massenaktionen heranreifen und der Reformismus immer offener für den Imperialismus und gegen Sowjetrußland und die Revolution auftritt.

Der VI. Weltkongreß im Sommer 1928 hat in umfassender Weise sowohl im Programm als auch in den übrigen Beschlüssen die Weltlage analysiert und die sich daraus ergebenden Aufgaben für die Kommunisten aufgezeigt. Der Imperialismus rüstet nicht nur für den Weltkrieg und den Krieg gegen die Sowjetunion, er rüstet auch in nicht minderem Maße für die Niederschlagung der revolutionären Klassenfront und der KPD. Deshalb gilt es in der umfassendsten Weise und unter Einsetzung aller Kräfte die KPD in den Betrieben und Massenorganisationen zu verankern, um in den Wirtschaftskämpfen der Partei die Führung zu verschaffen und den sogenannten wirtschaftsfriedlichen und übrigen reaktionären Bestrebungen des Reformismus erfolgreich entgegenzutreten zu können. Durch die Frauen- und Jugendagitation muß die Kampffront verbreitert und in der Landagitation das enge Bündnis der Industriearbeiter mit den Landarbeitern und kleinen Bauern gegen den Imperialismus und die Kriegsgefahr geschaffen werden. Die Zuspitzung der Kämpfe auf große Massenaktionen und die Vorstöße der Konterrevolution zwingen die Partei, alle Vorbereitungen für ihre Illegalität zu treffen, wozu gerade die Verankerung der Partei in den Betrieben die beste Vorbereitung ist. Stärkung der Partei und ihrer Presse durch eine fortgesetzte Werbearbeit und die intensive Schulung ihrer Mitglieder in den Lehren des Marxismus-Leninismus sind ebenso wichtige Voraussetzungen für die Erfüllung ihrer höchsten Aufgaben. Das Verhältnis der Partei zu den großen Massenorganisationen (Gewerkschaften, Genossenschaften, Sport, Freidenker, RFB u. a.) muß durch die Tätigkeit der kommunistischen Fraktionen befestigt werden. Auf kommunalem Gebiete muß die Partei ebenfalls viel stärker als bisher der Bourgeoisie entgegenzutreten, die konterrevolutionäre Tätigkeit der Sozialdemokratie aufdecken und kühner als bisher die revolutionären Forderungen des Proletariats vertreten. Groß sind die Aufgaben, die der Partei in der Erfüllung ihrer revolutionären Pflicht gestellt sind.

Die zehn Jahre der Parteientwicklung zeigen den unausgesetz-

Nachwort

Zehn Jahre sind seit der Gründung der KPD vergangen, Jahre voller Kämpfe, aber auch vieler Opfer, die der revolutionäre Kerntrupp im Kampfe gegen die Konterrevolution gebracht hat. Wir gedenken unserer gefallenen Kameraden und derer, die in den Kerkern der deutschen Republik schmachteten und noch gequält werden. Aber wir können auch mit Freude feststellen, daß aus der kleinen Organisation des Spartakusbundes eine Massenorganisation geworden ist, die auf allen Kampfgebieten erfolgreich die Arbeiterschaft für den Kampf sammelt und dem Reformismus zu Leibe rückt. So wichtig die Herausbildung einer mächtigen Massenorganisation ist, noch wichtiger ist ihre Bolschewisierung, ihre Erfüllung mit dem revolutionären Geiste des Klassenkampfes, mit der Herausbildung einer wirklich revolutionären Strategie, Taktik und Disziplin, wie auch der Schulung ihrer Mitglieder im Marxismus-Leninismus. Wenn auch dabei das für die höchsten Aufgaben notwendige Maß noch nicht erreicht wurde, so ist doch die klare Entwicklung zur bolschewistischen Massenorganisation vorhanden.

Die bisherige Entwicklung ist natürlich nicht ohne große Schwierigkeiten vor sich gegangen. Immer wieder stellten sich in der Partei Abweichungen von der bolschewistischen Linie heraus, die durch den Marxismus-Leninismus und die darauf basierenden Beschlüsse der Kommunistischen Internationale bestimmt ist. So hat die Partei eine Reihe von Krisen in ihrer Entwicklung durchgemacht, die aber überwiegend Krisen in der Führung der Partei waren und die immer wieder dadurch behoben wurden, daß sich die Mehrheit der Partei unter Leitung der Kommunistischen Internationale den Abweichungen und Fehlern der Führung entgegenstellte und sie überwand. So kann am Abschluß der zehnjährigen Entwicklung der Partei ohne Übertreibung gesagt werden, daß die KPD sich zu einer bolschewistischen Massenpartei entwickelt.

Diese Feststellung darf uns aber nicht veranlassen, die noch vorhandenen Schwächen und Mängel in der Partei zu übersehen, deren Beseitigung um so dringlicher wird, als die Klassengegensätze zwischen Proletariat und Bourgeoisie immer rascher zu

großen Massenaktionen heranreifen und der Reformismus immer offener für den Imperialismus und gegen Sowjetrußland und die Revolution auftritt.

Der VI. Weltkongreß im Sommer 1928 hat in umfassender Weise sowohl im Programm als auch in den übrigen Beschlüssen die Weltlage analysiert und die sich daraus ergebenden Aufgaben für die Kommunisten aufgezeigt. Der Imperialismus rüstet nicht nur für den Weltkrieg und den Krieg gegen die Sowjetunion, er rüstet auch in nicht minderem Maße für die Niederschlagung der revolutionären Klassenfront und der KPD. Deshalb gilt es in der umfassendsten Weise und unter Einsetzung aller Kräfte die KPD in den Betrieben und Massenorganisationen zu verankern, um in den Wirtschaftskämpfen der Partei die Führung zu verschaffen und den sogenannten wirtschaftsfriedlichen und übrigen reaktionären Bestrebungen des Reformismus erfolgreich entgegenzutreten zu können. Durch die Frauen- und Jugendagitation muß die Kampffront verbreitert und in der Landagitation das enge Bündnis der Industriearbeiter mit den Landarbeitern und kleinen Bauern gegen den Imperialismus und die Kriegsgefahr geschaffen werden. Die Zuspitzung der Kämpfe auf große Massenaktionen und die Vorstöße der Konterrevolution zwingen die Partei, alle Vorbereitungen für ihre Illegalität zu treffen, wozu gerade die Verankerung der Partei in den Betrieben die beste Vorbereitung ist. Stärkung der Partei und ihrer Presse durch eine fortgesetzte Werbearbeit und die intensive Schulung ihrer Mitglieder in den Lehren des Marxismus-Leninismus sind ebenso wichtige Voraussetzungen für die Erfüllung ihrer höchsten Aufgaben. Das Verhältnis der Partei zu den großen Massenorganisationen (Gewerkschaften, Genossenschaften, Sport, Freidenker, RFB u. a.) muß durch die Tätigkeit der kommunistischen Fraktionen befestigt werden. Auf kommunalem Gebiete muß die Partei ebenfalls viel stärker als bisher der Bourgeoisie entgegenzutreten, die konterrevolutionäre Tätigkeit der Sozialdemokratie aufdecken und kühner als bisher die revolutionären Forderungen des Proletariats vertreten. Groß sind die Aufgaben, die der Partei in der Erfüllung ihrer revolutionären Pflicht gestellt sind.

Die zehn Jahre der Parteientwicklung zeigen den unausgesetz-

Nachwort

Zehn Jahre sind seit der Gründung der KPD vergangen, Jahre voller Kämpfe, aber auch vieler Opfer, die der revolutionäre Kerntrupp im Kampfe gegen die Konterrevolution gebracht hat. Wir gedenken unserer gefallenen Kameraden und derer, die in den Kerkern der deutschen Republik schmachteten und noch gequält werden. Aber wir können auch mit Freude feststellen, daß aus der kleinen Organisation des Spartakusbundes eine Massenorganisation geworden ist, die auf allen Kampfgebieten erfolgreich die Arbeiterschaft für den Kampf sammelt und dem Reformismus zu Leibe rückt. So wichtig die Herausbildung einer mächtigen Massenorganisation ist, noch wichtiger ist ihre Bolschewisierung, ihre Erfüllung mit dem revolutionären Geiste des Klassenkampfes, mit der Herausbildung einer wirklich revolutionären Strategie, Taktik und Disziplin, wie auch der Schulung ihrer Mitglieder im Marxismus-Leninismus. Wenn auch dabei das für die höchsten Aufgaben notwendige Maß noch nicht erreicht wurde, so ist doch die klare Entwicklung zur bolschewistischen Massenorganisation vorhanden.

Die bisherige Entwicklung ist natürlich nicht ohne große Schwierigkeiten vor sich gegangen. Immer wieder stellten sich in der Partei Abweichungen von der bolschewistischen Linie heraus, die durch den Marxismus-Leninismus und die darauf basierenden Beschlüsse der Kommunistischen Internationale bestimmt ist. So hat die Partei eine Reihe von Krisen in ihrer Entwicklung durchgemacht, die aber überwiegend Krisen in der Führung der Partei waren und die immer wieder dadurch behoben wurden, daß sich die Mehrheit der Partei unter Leitung der Kommunistischen Internationale den Abweichungen und Fehlern der Führung entgegenstellte und sie überwand. So kann am Abschluß der zehnjährigen Entwicklung der Partei ohne Übertreibung gesagt werden, daß die KPD sich zu einer bolschewistischen Massenpartei entwickelt.

Diese Feststellung darf uns aber nicht veranlassen, die noch vorhandenen Schwächen und Mängel in der Partei zu übersehen, deren Beseitigung um so dringlicher wird, als die Klassengegensätze zwischen Proletariat und Bourgeoisie immer rascher zu

großen Massenaktionen heranreifen und der Reformismus immer offener für den Imperialismus und gegen Sowjetrußland und die Revolution auftritt.

Der VI. Weltkongreß im Sommer 1928 hat in umfassender Weise sowohl im Programm als auch in den übrigen Beschlüssen die Weltlage analysiert und die sich daraus ergebenden Aufgaben für die Kommunisten aufgezeigt. Der Imperialismus rüstet nicht nur für den Weltkrieg und den Krieg gegen die Sowjetunion, er rüstet auch in nicht minderem Maße für die Niederschlagung der revolutionären Klassenfront und der KPD. Deshalb gilt es in der umfassendsten Weise und unter Einsetzung aller Kräfte die KPD in den Betrieben und Massenorganisationen zu verankern, um in den Wirtschaftskämpfen der Partei die Führung zu verschaffen und den sogenannten wirtschaftsfriedlichen und übrigen reaktionären Bestrebungen des Reformismus erfolgreich entgegenzutreten zu können. Durch die Frauen- und Jugendagitation muß die Kampffront verbreitert und in der Landagitation das enge Bündnis der Industriearbeiter mit den Landarbeitern und kleinen Bauern gegen den Imperialismus und die Kriegsgefahr geschaffen werden. Die Zuspitzung der Kämpfe auf große Massenaktionen und die Vorstöße der Konterrevolution zwingen die Partei, alle Vorbereitungen für ihre Illegalität zu treffen, wozu gerade die Verankerung der Partei in den Betrieben die beste Vorbereitung ist. Stärkung der Partei und ihrer Presse durch eine fortgesetzte Werbearbeit und die intensive Schulung ihrer Mitglieder in den Lehren des Marxismus-Leninismus sind ebenso wichtige Voraussetzungen für die Erfüllung ihrer höchsten Aufgaben. Das Verhältnis der Partei zu den großen Massenorganisationen (Gewerkschaften, Genossenschaften, Sport, Freidenker, RFB u. a.) muß durch die Tätigkeit der kommunistischen Fraktionen befestigt werden. Auf kommunalem Gebiete muß die Partei ebenfalls viel stärker als bisher der Bourgeoisie entgegenzutreten, die konterrevolutionäre Tätigkeit der Sozialdemokratie aufdecken und kühner als bisher die revolutionären Forderungen des Proletariats vertreten. Groß sind die Aufgaben, die der Partei in der Erfüllung ihrer revolutionären Pflicht gestellt sind.

Die zehn Jahre der Parteientwicklung zeigen den unausgesetz-

ten Aufstieg zur bolschewistischen Massenorganisation. Sosehr auch die Bourgeoisie und die SPD-Führer durch den Ebert-Noske-Kurs, durch Arbeitermassenmorde, Meuchelmord an den revolutionären Führern, durch Parteiverbote, Zeitungsverbote und Klassenjustiz versucht haben, diese Entwicklung aufzuhalten oder zu unterbrechen und die Arbeiter vom Kampf und von der KPD abzuschrecken, sowenig ist ihnen dieser Plan gelungen. Wie die Gesamtpartei, so hat insbesondere auch die Berliner Organisation in all diesen Kämpfen die konterrevolutionären Angriffe abgeschlagen und die werktätigen Massen in immer größerem Umfange um sich gesammelt. So kann die Partei den zehnjährigen Gedenktag ihrer Gründung durchaus als Siegesfeier begehen. Die Partei schließt eine wichtige Phase in ihrer Entwicklung in dem Bewußtsein ab, daß die Verschärfung der Klassengegensätze und die Zuspitzung der Klassenkämpfe die Phase der großen Massenkämpfe um das Endziel einleiten: Sturz des Imperialismus und Aufrichtung der Rätemacht aller Werktätigen, der proletarischen Diktatur, die den Aufbau des Sozialismus verwirklicht.

Entnommen der Broschüre „Die Gründung der KPD“, herausgegeben von der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg, 1928.

Kampfruf für Brot und Freiheit

*Rede im Reichstag in der Debatte zum Programm
der Brüningregierung am 27. Oktober 1930*

Die gestern hier abgegebene Erklärung der Regierung ergibt nur im Zusammenhang mit den Notverordnungen vom 26. Juli und dem Ende September herausgegebenen Wirtschafts- und Finanzplan ein zusammenhängendes Bild von dem unerhörten Anschlag, den diese Regierung auf die Lebenshaltung des gesamten werktätigen Volkes der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der Kleingewerbetreibenden und der kleinbäuerlichen Bevölkerung unternimmt.

Die gestrige Rede von Brüning war lediglich die Sauce zu dem Braten, der der Bourgeoisie serviert wird. Das Brüningprogramm ist ein Hungerprogramm gegen die arbeitenden Schichten im schlimmsten Sinne des Wortes. Das Programm entspricht vollinhaltlich den Direktiven, die der Regierung vom Monopolkapital erteilt worden sind.

Im Mittelpunkt des Regierungsprogramms steht der Abbau der Löhne und Gehälter. Brüning erklärte gestern deutlich, daß eine Senkung des Reallohns durchgeführt werden soll. Löhne und Gehälter sollen angeblich gesenkt werden, „um das Preisgebäude ins Wanken zu bringen“. Herr Brüning soll einmal den Vortrag eines gewissen Karl Marx über Lohn, Preis und Profit lesen, um sich über den Zusammenhang, der zwischen diesen drei Kategorien besteht, zu unterrichten. Es ist ein ökonomischer Unsinn, anzunehmen, daß niedrige Löhne und Gehälter unbedingt auch niedrige Preise im Gefolge haben oder daß eine Senkung der Löhne und Gehälter zum Preisabbau führt. Löhne und Preise werden von ganz verschiedenen Faktoren bedingt. Aber eines ist klar, der kapitalistische Profit steigt, wenn die Löhne und Gehälter abgebaut werden.

Der von der Regierung proklamierte Abbau der Löhne führt keineswegs zur Behebung der Wirtschaftskrise, sondern im Gegenteil zu ihrer Vertiefung und auch zur *Steigerung der Ab-*

satzkrise. Wenn den Arbeitern, Angestellten und Beamten der Privatindustrie die Einkünfte um 15 bis 20 Prozent, den Beamten und Angestellten in Staat und Gemeinden die Gehälter um 6 Prozent gekürzt werden, so können sie doch selbstverständlich weniger kaufen. Also muß sich der Absatz der Produkte mindern, muß der Inlandsmarkt zusammenschrumpfen. Das bedingt ein Sinken der Einkommen für die Kleingewerbetreibenden, steigende Not aber auch bei den Kleinbauern. Hier zeigt sich also schon der faule Zauber des Programms der Brüningregierung.

Der Lohn- und Gehaltsraub ist bereits eine Realität geworden. Rücksichtslos führt das Unternehmertum, unterstützt von der Brüningregierung, den Lohnraub durch. Das zeigt der Vorstoß des Verbandes der Berliner Metallindustriellen. Die Forderungen der Industriellen sind eine unerhörte Provokation der Arbeiter.

Als Folge der Rationalisierung ist die Belegschaftszahl in den Berliner Metallbetrieben vom Jahre 1928 bis jetzt von 265 000 auf 130 000 zurückgegangen. Die Dividenden aber haben sich erhöht.

Eine Arbeitszeitverkürzung zur Unterbringung der Erwerbslosen lehnen die Unternehmer ab. Der vom Reichsarbeitsminister Stegerwald bestimmte Sonderschlichter Dr. Völker hat kurzerhand mit Hilfe der von den Reformisten geschaffenen Schlichtungsmaschinerie einen Lohnabbau von 8 Prozent für alle über 18 Jahre alten Arbeiter und von 6 Prozent für alle Jugendlichen und Frauen diktiert. Die Forderungen der Arbeiter wurden überhaupt nicht beachtet.

Die Unternehmer sind von dem Schiedsspruch so befriedigt, daß sie sofort die Verbindlichkeitserklärung beantragt haben. Die Metallarbeiterschaft aber hat einmütig diesen Kampf gegen den Lohnraub aufgenommen. In einer Urabstimmung haben von 107 000 Arbeitern 90 600 den Schiedsspruch abgelehnt und den Streik beschlossen. (Beifall und Händeklatschen bei den Kommunisten.)

So stehen seit dem 14. Oktober die Berliner Metallarbeiter im Streik.

Dieser Streik ist der Beginn eines Massenkampfes von ungeheuren Ausdehnungen. Es geht dabei nicht nur um Abwehr des Lohnraubes, sondern es geht gegen das ganze Programm der Schwerindustrie und der Brüningdiktatur, gegen das Programm des Elends, des Hungers und der Vorbereitung eines neuen Krieges.

Die Berliner Metallarbeiter sind die Vorkämpfer gegen das gesamte räuberische Youngsystem. In diesem Kampf steht die Berliner Metallarbeiterschaft gegen die Einheitsfront der Unternehmer und des Staatsapparats.

Die Reformisten haben sich nur mit in den Streik ziehen lassen, um den Streik verraten und abwürgen zu können. Sie bereiten sich heute schon zur Abwürgung des Kampfes vor.

In ihrem Kampfe sind die Berliner Metallarbeiter der Sympathie und Solidarität der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands und des internationalen Proletariats gewiß. Das deutsche Proletariat wird mit allen Mitteln den kämpfenden Metallarbeitern zur Seite stehen. Es wird sich, angefeuert von dem Beispiel der Metallarbeiterschaft, in ganz Deutschland gegen den Lohnraub, gegen die verbrecherischen Anschläge der Hungerdiktatur zur Wehr setzen. Das Mittel dazu ist der Streik, der verbreitert wird zum politischen Massenkampf gegen das gesamte Ausbeuterregime. Die Macht der ehernen Kolonnen der kämpfenden Arbeiterschaft wird das krisengeschüttelte Young-Deutschland zu Fall bringen.

Wie bei allen Klassenauseinandersetzungen, so steht auch beim Streik der Metallarbeiter die Polizeigewalt auf der Seite der Bourgeoisie, im Dienste des Unternehmertums.

Die Polizei des Sozialdemokraten Zörgiebel läßt Arbeiter niederschlagen und niederschießen. Sie verprügelt und verhaftet Streikposten, oftmals auf Anweisung der Reformisten. Das entspricht dem Wesen dieser Polizei. Heute hat man auch die kommunistische Abgeordnete Frau Mildenberg verhaftet, und wir sind gewiß, daß im Falle der Verbindlichkeitserklärung des Schandschiedsspruches die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten mit noch unglaublicherer Brutalität, mit Gummiknüppeln und Gewehren gegen die Arbeiter vorgehen werden, die sich dem Lohnraub nicht fügen werden. Aber die gesamte Arbeiterschaft wird allen reformistischen Spaltungsversuchen und allen Zörgiebelprovokationen ihren entschlossenen Willen entgegenstellen und den Sieg der Metallarbeiter erkämpfen.

Die kommunistische Fraktion fordert in einem Antrag an den Reichstag, sofort den Schiedsspruch gegen die Berliner Metallarbeiter aufzuheben und seine Verbindlichkeitserklärung zu

untersagen. Wir verlangen ferner die Einführung des Siebensturentages bei vollem Lohnausgleich für die gesamte Metallarbeiterschaft.

Wir wissen, daß diese Anträge hier in Einheitsfront von der SPD bis zu den Nazis abgelehnt werden. Aber wir fühlen uns verpflichtet, auch von der Tribüne des Reichstags aus die Forderungen der kämpfenden Metallarbeiter zu proklamieren.

Die Arbeitslosigkeit steigt. In kapitalistischen Kreisen rechnet man bereits damit, daß sie im Laufe des Winters von den jetzt bestehenden drei Millionen auf sechs Millionen ansteigen kann. Dazu kommt die unerhörte Not, die sich durch die Aussteuerung der Erwerbslosen aus der Versicherung ergibt.

Trotzdem wird die Krisenfürsorge eingeschränkt. Durch einen Erlaß soll die Krisenfürsorge vom 3. November ab für alle unter 21 Jahre alten Erwerbslosen gesperrt werden. So will es die Brüningdiktatur.

Wir Kommunisten fordern dagegen für die schwere Zeit des Winters eine Winterbeihilfe von 40 Mark für den Hauptunterstützungsberechtigten und von 12 Mark für die Familienmitglieder und Empfänger von Waisenrenten. Diese Beihilfe ist auszuführen an alle Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner sowie an alle anderen Fürsorgeberechtigten.

Was wir fordern, ist natürlich gegenüber der ungeheuren Not nicht annähernd genug. Um so schändlicher, daß selbst der Reichstag nicht einmal für diese bescheidene Forderung seine Zustimmung geben wird.

In dem Programm der Reichsregierung heißt es, daß durch besonderes Gesetz die Wohlfahrtsausgaben in den Gemeinden keinerlei Erhöhung erfahren dürfen und daß alle Einnahmen soweit wie möglich zur Senkung der Besitzsteuern verwandt werden müssen. Diese Absicht ist in Anbetracht der Steigerung des Massenelends ein Verbrechen, das an der Arbeiterklasse verübt wird.

In den Maßnahmen der Brüningregierung ist der Abbau der Wohnungsfürsorge und des Mieterschutzes vorgesehen. Von den 800 bis 850 Millionen, die bisher aus Hauszinssteuermitteln für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt wurden, sollen von 1931 ab nur noch 400 Millionen gewährt werden. Das bedeutet, daß jährlich 100 000 Wohnungen weniger gebaut werden.

Hinzu kommt der Abbau der Krankenversicherung. Der Reichskanzler, ein Diener der „christlichen Nächstenliebe“, wagt es, auf Kosten der Kranken den verfaulten und brüchigen Staat zu stützen.

Dazu kommt die Abdrosselung der Kriegssopferversorgung. Die Heilbehandlung soll eingeschränkt, die Arzneikosten auf die Kriegssopfer abgewälzt werden.

Nicht zu vergessen die Ledigensteuer, die Negersteuer¹, die Bier- und Getränkesteuer, bei gleichzeitiger Senkung der Besitzsteuern.

Wir Kommunisten fordern die Aufhebung der Notverordnung der Brüningregierung, die Rückzahlung der auf Grund der Notverordnung gezahlten Steuern.

Jawohl, wir vertreten die Interessen der ausgeplünderten Massen. Wir sind nicht die Geschäftsführer der kapitalistischen Young-Republic, sondern der Anwalt der Millionen Ausgebeuteten.

Nun zu dem außenpolitischen Programm, das eigentlich gar kein Programm ist, sondern aus allgemeinen Redensarten besteht. Nur in einer Beziehung stellt Brüning bestimmte Forderungen. Er fordert die Verstärkung der Wehrmacht. Auch ohne das Geschrei der Nazis weiß Brüning, daß die Wehrmacht ein wichtiges Instrument zur Niederschlagung der Arbeiterklasse ist.

Der Leipziger Prozeß gegen die Reichswehroffiziere hat deutlich gezeigt, in welchem Maße die Wehrmacht den faschistischen Einflüssen unterliegt. Der Leipziger Prozeß war vom Reichsgericht und von der Brüningregierung aufgezogen als eine einzige Reklame für die Hitlerpartei, um Hitler Gelegenheit zu geben und zu beweisen, daß er auf dem legalen Wege die Reichswehr ganz erobern kann.

Während kommunistische Arbeiter für Flugblattverbreitung unter den Soldaten, in denen nur menschenwürdige Behandlung verlangt wurde, zu den höchsten Zuchthausstrafen verurteilt wurden, haben die nationalsozialistischen Reichswehroffiziere geradezu eine Ehrenrettung erfahren.

Der Nationalsozialist Strasser hat in seiner Rede von der Verfolgung seiner Partei gesprochen. (Heiterkeit.) Ich kann ihm

¹ So wurde die von der Brüningregierung durch die Notverordnung vom 26. Juli 1930 eingeführte Kopfsteuer bezeichnet. Der Ausdruck stammt aus der in den Kolonien üblichen Besteuerung der gesamten eingeborenen Bevölkerung, die die Imperialisten unabhängig von Alter und Einkommen pro Kopf der Bevölkerung durchführen.

sagen, daß seine Partei nicht verfolgt wird, sondern von den großen Industrie- und Bankkreisen großgezüchtet, gehätschelt und mit Subventionen bedacht wird. Ja, die Bourgeoisie, die Hugenberg, Scholz und Brüning heben die Nationalsozialisten in die Ministersessel, weil sie wissen, die Nazis sind ein Arm des Monopolkapitals.

Sehen Sie, hier oben auf dem Präsidentenstuhl sitzt ein Nationalsozialist, hinaufgehoben durch die Hilfe Hugenbergs, durch die Hilfe der Volkspartei, der Partei der Industriekapitäne, der Aufsichtsräte und der Großbanken. Ja, selbst die Katholiken aus dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei haben mitgeholfen, Herrn Stöhr dort oben hinaufzusetzen.

Kann sich aber ein einziger Arbeiter in Deutschland vorstellen, daß ein Hugenberg, ein Bankdirektor der Volkspartei oder irgendein Zentrumsmann den Kommunisten Pieck wählt? Das kann sich keiner vorstellen. Und ich bin stolz darauf, daß mich nicht einer von Ihnen gewählt hat.

Alle Machtinstrumente der Bourgeoisie, der ganze Haß der ausbeutenden Klassen richten sich nur gegen die Kommunisten. In diesen Tagen wurden in Leipzig junge Arbeiter, weil sie Ostern für ihre Forderungen demonstrierten, wobei zwei Jugendliche von der Polizei erschossen wurden, wegen Aufruhrs zu insgesamt 85 Monaten Gefängnis verurteilt.

Dieses Urteil ist die Bestätigung für die Erkenntnis der Bourgeoisie: Der Kommunismus ist die einzige revolutionäre Kraft, die der Bourgeoisie gefährlich ist.

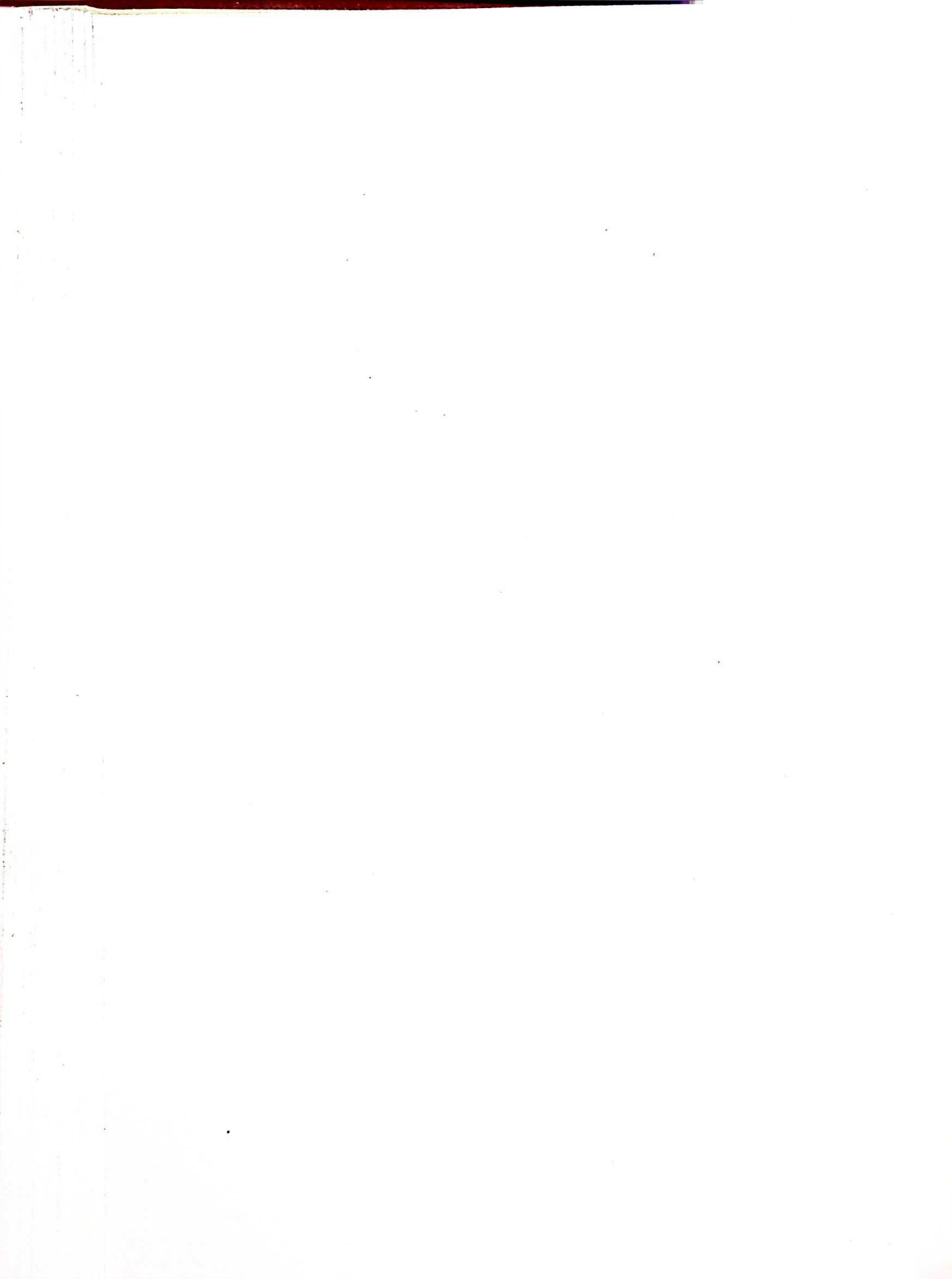
Ich stelle ferner die Tatsache fest, daß allein seit dem 1. Januar dieses Jahres 6400 Proletarier strafverfolgt wurden und daß die Zahl der Verurteilten 1600 beträgt. Allein in diesem Jahre wurden revolutionäre Proletarier zu 34 Jahren Festung, 31 Jahren Zuchthaus und 389 Jahren Gefängnis verurteilt. Das ist ein Register der deutschen Klassenjustiz gegen die revolutionäre Bewegung.

Die Bourgeoisie hat den Roten Frontkämpferbund durch Severing verbieten lassen. Aber mögen sie den Roten Frontkämpferbund, die Antifa verbieten, mögen sie noch so viele Kriminalisten und Klassenrichter gegen die verbotenen Organisationen lossetzen, sie leben und kämpfen doch.

Die Kommunisten verlangen in einem Gesetz die Amnestie



Wilhelm Pleck am 9. November 1928 bei der Kranzniederlegung an den Gräbern der Revolutionsopter auf dem Friedhof im Friedrichshain Berlin



aller proletarischen politischen Gefangenen. Wir wenden uns ausdrücklich gegen die Freilassung von Leuten, die sich in irgendeiner Form gegen die Arbeiterklasse vergangen haben.

Die Regierung Brüning hat am 14. September einen Appell an die Wählerschaft gerichtet — und die Antwort? Die Kommunisten sind in Deutschland zur drittstärksten Partei, in Berlin sogar zur stärksten Partei geworden. Wichtige bürgerliche Zeitungen haben offen erklärt, daß das Gefährliche für die Bourgeoisie der Zuwachs der Kommunistischen Partei sei. Das ist ganz begreiflich, weil ja die Kommunistische Partei die einzige antikapitalistische Arbeiterpartei ist.

Die Nationalsozialisten buchen ihren Stimmenzuwachs in erster Linie aus dem Zerfall der bürgerlichen Parteien. Es ist ihnen nicht gelungen, in die marxistische Front einzubrechen. Im Gegenteil, die marxistische Front ist gestärkt.

Eine Million sozialdemokratischer Wähler ist zur Kommunistischen Partei gestoßen, der Partei, die die marxistischen Grundsätze hochhält. Wir sind die Partei des Marxismus, wir sind die Partei des Sieges über die Bourgeoisie.

Noch ein Wort über die Nationalsozialisten. Wir Kommunisten werden uns in diesem Hause mit den Nationalsozialisten nur auf Grund von Tatsachen auseinandersetzen, wir werden den Widerspruch zwischen der Propaganda und den Taten der Nationalsozialisten aufzeigen.

Alle Unterdrückten und Enttäuschten werden zu uns kommen, denn wir haben ein wirkliches Programm zur sozialen und nationalen Befreiung der deutschen Werktätigen aufgestellt. Wir haben ein Programm, ein historisches Dokument der revolutionären Bewegung aufgestellt. Dieses Programm entspricht den Grundsätzen von Marx und Lenin, dieses Programm ist zu einem großen Teil durch die russische Revolution in der Sowjetunion bereits verwirklicht.

Unter Führung der Kommunistischen Partei, der Kommunistischen Internationale werden die breiten werktätigen Massen den Kampf gegen die einheimischen und ausländischen Bedrücker führen, und unter unserer Fahne werden sie siegen.

„Die Rote Fahne“, Berlin, 28. Oktober 1930.

Der Riesenkampf der Bergarbeiter und seine internationale Bedeutung

Das Jahr 1931 beginnt mit einem Riesenkampf der Bergarbeiter. Es ist kein Zufall, daß dieser Kampf in Deutschland und in England zugleich ausgebrochen ist. In Südwales stehen 160 000, in Deutschland an der Ruhr 300 000 und in Oberschlesien 50 000 Bergarbeiter am Beginn eines Kampfes, dem eine große internationale Bedeutung zukommt. Es ist der Auftakt zu den großen politischen Massenkämpfen, die nicht nur zwischen den Kohlenmagnaten und den Bergarbeitern um Lohn und Brot, sondern zwischen der gesamten Arbeiterklasse und der kapitalistischen Staatsgewalt in allen Ländern geführt und an dessen Ende der Sieg der Arbeiterklasse stehen wird.

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise sind gerade unter den Proleten des Bergbaus am allerschlimmsten, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen werden durch den Terror der Kohlenbarone immer tiefer herabgedrückt. In Deutschland lasten noch dazu die Youngzahlungen am meisten auf den Bergarbeitern. Den 300 000 Bergarbeitern an der Ruhr soll von den Zechenindustriellen der Lohn um 12 Prozent gekürzt werden. Das wäre für jeden Proleten ein Lohnabbau von 324 Mark im Jahre und für die Kohlenbarone ein Gewinn von über 100 Millionen Mark. Dazu kommt die unerhörte Antreiberei zur Steigerung der Arbeitsleistung, die frühzeitige Arbeitsinvalidität und vielfach den Tod zur Folge hat. Täglich fallen Tausende von Bergarbeitern diesem mörderischen System zum Opfer. Wenn auch der Kumpel unter der Erde, tief gebückt, seine Arbeit verrichten muß — es ist der Tag gekommen, wo er sein Haupt und seine Fäuste zum Kampf gegen seine Ausbeuter erhoben hat.

Die Kohlenbarone im Ruhrgebiet haben, einem früheren Beispiel der Metallindustriellen im Nordwestgebiete folgend, die Aussperrung der gesamten Bergarbeiterschaft im Ruhrgebiet

zum 15. Januar angedroht, um damit den Lohnraub zu erzwingen. Sie fordern von den Arbeitern die Unterschrift eines Reverses, auf dem diese sich mit dem Lohnabbau einverstanden erklären sollen. Die Unternehmer sind sich der Hilfe der staatlichen Schlichtungsmaschine und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie sicher. Wie früher bei dem nordwestdeutschen Metallarbeiterkampf der Sozialdemokrat Severing als Sonderlichter den Industriellen zur Durchführung ihres Lohnraubes verhalf, so soll es jetzt auch gegenüber den Bergarbeitern geschehen. Die am 29. und 30. Dezember geführten Verhandlungen zwischen den Zechenindustriellen und Gewerkschaftsführern sind zwar ergebnislos abgebrochen worden, aber die Gewerkschaftsbürokraten haben ihr Einverständnis zu einem Lohnabbau deutlich genug zu erkennen gegeben. Sie wollen keinen Kampf der Bergarbeiter, von dem sie wissen, daß er über den Rahmen eines Lohnkampfes hinauswächst und sich gegen ihre ganze Politik richten muß.

Daß der verräterischen Gewerkschaftsbürokratie ihr Judaspiel gegenüber der Arbeiterschaft nicht gelingt, dafür haben diesmal die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) und die Kommunistische Partei gesorgt. Der Streik wurde in den letzten Wochen in systematischer Weise vorbereitet. Auf allen Schächten wurden von den Arbeitern vorbereitende Kampfausschüsse gewählt, die die Mobilisierung der Bergarbeiter für den Kampf durchführten. Über 400 Belegschaftsversammlungen wurden abgehalten, in denen die Arbeiter sich einstimmig für den Streik und gegen den Lohnraub entschieden und in denen Delegierte zu der zentralen Schachtdelegiertenkonferenz gewählt wurden. Am 21. und 27. Dezember trat diese Konferenz zusammen, auf der 506 Delegierte über 180 000 Bergarbeiter aus 121 Schachtanlagen vertraten. Unter den Delegierten befanden sich viele sozialdemokratische, christliche und parteilose Arbeiter. Die Konferenz wurde von dem eisernen Willen der Durchführung des Streiks auf der ganzen Linie beherrscht. Ebenso einmütig war das Urteil aller Delegierten über die Verräterrolle der Gewerkschaftsbürokratie.

Stürmisch wurde der kommunistische Führer des Ruhrproletariats, Genosse Florin, begrüßt, als er ausführte: „Die Berg-

arbeiter an der Ruhr haben schon einmal im Jahre 1920 zum Hackenstiel gegriffen und ihre Peiniger verjagt, sie werden auch noch ein zweites Mal zum Hackenstiel greifen.“

Die Konferenz beschloß, daß kein Arbeiter die Lohnabbau-reverse unterschreibt und niemand über den Abbau verhandelt. Ferner wurde ein zentrales Kampfkomitee der RGO zur Führung des Streiks gewählt. Dieses Kampfkomitee richtete sofort an das Unternehmertum folgende Forderungen:

1. Die angekündigte Aussperrung und die angedrohten Entlassungen werden zurückgenommen.
2. Die Löhne werden nicht abgebaut und die Arbeitsbedingungen nicht verschärft.
3. Einführung des Siebensturentages bei gleichbleibendem Lohn.
4. Einstellung der arbeitslosen Bergarbeiter.

Nachdem die Unternehmer diese Forderungen abgelehnt hatten, forderte am 1. Januar das zentrale Kampfkomitee die Arbeiter auf, am 2. Januar in den Streik zu treten. Auf allen Schächten wurde ein Flugblatt des zentralen Kampfkomitees verteilt mit der Losung:

Niederlegung der Arbeit in allen Schächten des Ruhrgebiets. Nieder mit den Gewerkschaftsbürokraten, die die räuberische Lohnsenkung unterstützen. Nieder mit der Brüningregierung, die diesen Lohnabbau vorschreibt! Es lebe der Streik aller Bergarbeiter, die sich zur revolutionären Einheitsfront zusammenschließen!

Zur Unterstützung dieses Riesenkampfes an der Ruhr hat auch am 20. und 21. Dezember eine internationale Bergarbeiterkonferenz im Ruhrgebiet getagt, an der Delegierte aus England, Frankreich, Belgien, der Tschechoslowakei, Polen und anderen Ländern teilnahmen, die in Belegschaftsversammlungen oder großen Bergarbeiterversammlungen gewählt worden waren. Die Konferenz beschloß ein ausführliches internationales Kampfprogramm der Bergarbeiter und rief zur Solidaritätsaktion für den Kampf der Ruhrbergarbeiter auf. Mit dieser vom internationalen Bergarbeiterkomitee einberufenen Konferenz wurde die internationale Bedeutung unterstrichen, die der Ruhrkampf der Berg-

arbeiter sowohl für die gesamte Bergarbeiterschaft der kapitalistischen Länder als auch für das gesamte Proletariat hat.

Der Kampf der Ruhrbergarbeiter in Deutschland gegen den Lohnabbau ist der Auftakt zu den großen Massenkämpfen in Deutschland, wie sie auch von der übrigen Arbeiterschaft, insbesondere von den Metallarbeitern, Textilarbeitern, Holzarbeitern, graphischen Arbeitern, den Eisenbahnern und anderen in den nächsten Wochen geführt werden. Wenn auch diese Kämpfe in ihrem ersten Stadium sich als Wirtschaftskämpfe gegen den Lohnraub und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wenden, so wachsen sie schnell über diesen Rahmen hinaus. Es ist nicht nur das Eingreifen der Staatsgewalt, das diesen Kämpfen ihren politischen Charakter gibt, es ist vor allem die gesamte auf die Ausplünderung der Arbeiterschaft eingestellte Politik der Bourgeoisie, die diesen Kämpfen ihren politischen Charakter verschafft. Der politische Massenstreik steht in Deutschland wie auch in den übrigen kapitalistischen Ländern auf der Tagesordnung, er wendet sich gegen den Lohnraub, das Erwerbslosenehend und gegen die ganze räuberische Hungerpolitik der Bourgeoisie.

In Deutschland entwickelt sich in diesen Tagen ein gewaltiger Massenkampf des großen proletarischen Dreibundes der Bergarbeiter, Metallarbeiter und Eisenbahner. Bei der Bedeutung, die diese Industriezweige für die gesamte Wirtschaft haben, muß dieser Kampf zu dem großen politischen Massenkampfe gegen das kapitalistische System und seine Vertreter, das Unternehmertum, die sozialdemokratischen Führer und die Faschisten, werden. Und darin liegt auch die internationale Bedeutung dieses Kampfes. Der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion und die restlose Liquidierung der Erwerbslosigkeit zeigt dem internationalen Proletariat den Ausweg aus der ungeheuren Weltwirtschaftskrise mit ihren verheerenden Auswirkungen auf die Lebenshaltung der Proletarier. Die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion bauen durch die proletarische Diktatur unter ihrer bolschewistischen Führung den Sozialismus und zeigen damit den unterdrückten Proletariern der kapitalistischen Länder den einzigen Ausweg aus ihrem Massenelend. Sie sind auch bereit, dem Proletariat in den kapitalistischen Ländern in seinem

Kämpfe beizustehen und ihm zum Sieg zu verhelfen. Das große
Kampfbündnis der Arbeiter und Bauern der Sowjetunion mit
dem Proletariat der kapitalistischen Länder ist nicht nur der
Verteidigungswille gegen die imperialistischen Interventions-
vorbereitungen, sondern auch die Garantie für den Sieg der
Arbeiter und Bauern in den kapitalistischen Ländern.

„Trud“, Moskau, 4. Januar 1931
(nach dem deutschen Original).

n
d
da
zu
Lo
ban
M
Ank
auf d
letari
breche

Ein welthistorischer Prozeß

Das Verbrechen der II. Internationale

Dem in Moskau geführten Prozeß gegen die menschwistischen Schädlinge und Kriegsverbrecher gegen die Sowjetunion kommt eine welthistorische Bedeutung zu. Es waren nicht nur 14 menschwistische Schurken, die dort auf der Anklagebank saßen, sondern es war die gesamte II. Internationale, deren Verbrechen vor dem internationalen Proletariat gegen das einzige proletarische Vaterland zur Anklage stand. Diese 14 Angeklagten waren nur Werkzeuge bei der Ausübung ihrer Verbrechen gegen die Sowjetunion. Die traurige Entwicklung, die konterrevolutionäre Entartung der II. Internationale ist nie krasser hervorgetreten als in diesem Prozeß.

Die siebentägigen Verhandlungen des Prozesses, die umfangreiche Anklageschrift und die große wuchtige Anklagerede des Vertreters des proletarischen Staates bergen eine Fülle von Material über die Verbrechen einer Führerschaft, die im Solde des internationalen Imperialismus stand und sich jetzt auf der Anklagebank befindet. Dieses Material muß dem gesamten internationalen Proletariat in allen Sprachen der Welt zugänglich gemacht werden. In allen Betrieben und Organisationen vor der breitesten Öffentlichkeit der werktätigen Massen dieser Prozeß seine Fortsetzung finden. Die Isolierung von Massen, in die die 14 menschwistischen Verbrecher durch proletarische Gericht in Moskau verbannt wurden, muß bis zur völligen Vernichtung der gesamten II. Internationale, bis zur völligen Vernichtung der proletarischen Massen von dieser Verbrecher-

steigert werden.
nicht wies der Anklagevertreter in seiner öffentlichen Rede auf den tiefen Ernst der internationalen Lage hin, die ungeheure Zuspitzung der Klassenkämpfe zwischen Proletariat und Bourgeoisie, um dadurch besonders scharf das Verbrechen der II. Internationale zu brandmarken. Die Bourgeoisie

sucht sich aus der Weltkrise ihrer Wirtschaft durch eine gesteigerte Ausplünderung und vermehrte Knechtung der werktätigen Massen, durch die Vorbereitung eines neuen Weltkrieges und insbesondere des Krieges gegen die Sowjetunion zu retten. Die werktätigen Massen in den kapitalistischen Ländern sowie in den Kolonien rebellieren gegen dieses System, immer mächtiger werden ihre Kämpfe, und immer stärker wird die von der Kommunistischen Internationale geschaffene Kampffront gegen die Ausbeuter und Unterdrücker. Die Möglichkeit des Sturzes der Bourgeoisie und der Ausbreitung des Sozialismus über die Erde wächst.

In dieser Gefahr, in der sich die Bourgeoisie befindet, steht die II. Internationale wieder wie zu Beginn des Weltkrieges nicht an der Seite des Proletariats, sondern sie stellt sich schützend vor die Bourgeoisie. Sie unterstützt das Unternehmertum beim Lohnraub durch organisierten Streikbruch, sie unterstützt alle Maßnahmen der Bourgeoisie, die das Elend der Massen vergrößern, sie hilft ihr, die kämpfenden Arbeiter niederzuschlagen. Die Unterstützung der Bourgeoisie liegt in der Vorbereitung eines neuen Weltkrieges und vor allem in der Durchführung des konterrevolutionären Krieges gegen die Sowjetunion. Die Sozialdemokratie organisiert die von der Bourgeoisie bezahlten Verbrecherbanden zur Störung des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion, sie fabriziert die wildesten Lügen über den Arbeiterstaat, um die Massen für die Intervention zu gewinnen.

Die 14 menschwistische Schädlinge vor dem proletarischen Gericht, die hier ihre Verurteilung finden, machen bei einem körperlich guten Aussehen einen politisch geradezu erbärmlichen Eindruck. Die Charakteristik, die der öffentliche Ankläger über jeden einzelnen der Angeklagten gab, war mehr als eine Charakteristik der II. Internationale. Mit verlogenen Behauptungen und Betrugereien suchten sie die Arbeiter für ihre Verbrechen einzufangen. Als ihnen das nicht gelang, verbanden sie sich mit den kapitalistischen Söldlingen der sogenannten Industriepartei, um die Wirtschaft zu desorganisieren und den gewaltsamen Sturz der Sowjetmacht herbeizuführen. Als alte „gelehrte Sozialisten“ befanden sie sich auf verantwortungsvollen Posten zur Durchführung des sozialistischen Aufbaus. Mit widerlicher Heu-

chelei erschlichen sie sich das Vertrauen, das sie in der gemeinsten Weise mißbrauchten. Nicht eine Spur von Mut zur Vertretung ihrer inneren Überzeugung war bei ihnen vorhanden, als sie vor dem proletarischen Gericht standen.

Aber noch erbärmlicher ist das Verhalten der menschewistischen Führer, die sich außerhalb der Sowjetunion unter dem Schutz der Bourgeoisie befinden. Mit dem bekannten Geschrei verfolgter Spitzbuben: „Haltet den Dieb!“ suchen Abramowitsch, Dan und Garwy die Spur ihrer Verbrechen auszutilgen. Sie bombardierten die Öffentlichkeit mit Erklärungen, in denen sie alles bestreiten: Abramowitsch sei nicht in der Sowjetunion gewesen, er hätte keine Verbindung mit den 14 gefaßten Schädlingen und Kriegsschürern gehabt, er hätte kein Geld für deren Verbrechen von der Bourgeoisie und der II. Internationale erhalten oder ihnen ausgezahlt, er und seine Gesinnungsfreunde seien nie für die Intervention gewesen, und jetzt beschimpft er die von ihm geführten Funktionäre seiner Partei als Provokateure und Renegaten des Menschewismus. Die Geständnisse der Verhafteten seien erfunden oder durch „Folterungen“ erpreßt. Die Berliner Führer der Sozialdemokratie haben sich sogar in Unkosten für eine große Kundgebung im Sportpalast gestürzt, in der einige Hauptverbrecher, Abramowitsch, Wels und andere, mit einem großen Geschrei ihre Lügen in die Welt hinausriefen. Dies war aber nur ein Wutgeschrei der bei ihrer Tat ertappten Verbrecher. Es liegen zu offenkundige Tatsachen dieser konterrevolutionären Tätigkeit der Menschewiki und der Führer der II. Internationale vor, dazu Dokumente, Anweisungen und Briefe, ferner die Aussagen der Angeklagten, die auf das wiederholte Befragen durch das Gericht bei den von ihnen freiwillig gemachten Aussagen verblieben, daß sie zu ihren Verbrechen von dem Auslandsbüro der Menschewiki angestiftet und von ihm bezahlt wurden. Abramowitsch sei bestimmt im Sommer 1928 in der Sowjetunion gewesen, um diese Verbrechen zu organisieren.

Was der öffentliche Ankläger vor dem proletarischen Gericht bewies, aus den öffentlichen Dokumenten der Menschewisten, aus ihrem „Sozialistischen Boten“, aus den Schriften des Oberrenegaten Kautsky über die von ihnen gegen die Arbeiterklasse und gegen die Sowjetunion verübten Verbrechen vortrug, schlägt

jeden Versuch der Menschewisten, die Öffentlichkeit durch ihr Leugnen zu täuschen, zu Boden. Hier wurden Kautsky, Vanderelde, Léon Blum, Wels, Abramowitsch, Dan und Konsorten ohne jede Maske, in ihren infamen Schurkereien gezeigt, die sie unausgesetzt gegen die Sowjetunion organisieren und durchführen. Es wurde gezeigt, wie sich diese Verbrechen in die Klassenkämpfe einreihen, die unausgesetzt von den Feinden der Sowjetmacht seit ihrem Bestehen unternommen werden, um sie zu stürzen. Der jetzige Prozeß erhält auch noch dadurch eine besondere Bedeutung, daß er gegen Menschen geführt werden mußte, die von sich behaupten, als „Sozialisten“ klassenmäßig mit dem Proletariat verbunden zu sein. Ihre Taten beweisen aber, daß sie nichts anderes sind als die bezahlten Agenten der Bourgeoisie, die in dem Lager der Arbeiterklasse ihr Werk treiben.

Das proletarische Gericht in Moskau wird übermorgen sein Urteil über diese menschewistische Verbrecher an dem Interesse des Proletariats sprechen. Sie werden als offene Verräter und Feinde des Arbeiterstaates durch dieses oder jenes Strafmaß unschädlich gemacht. Der proletarische Staat mit seinen Sicherheitsorganen ist auf der Wacht, um allen Feinden der Sowjetmacht und des sozialistischen Aufbaus mit der größten Rücksichtslosigkeit entgegenzutreten. In seiner Roten Armee und vor allem in dem Millionenvolk der Arbeiter und Bauern hat er eine Waffe, um jeden kriegerischen Angriff zurückzuschlagen. Aber es handelt sich hier um mehr. Es geht um das Lebensinteresse des gesamten internationalen Proletariats, gegen das sich die Generaloffensive des internationalen Kapitals richtet.

Darum muß der Prozeß gegen die Menschewiki seine Fortsetzung in der Organisation des revolutionären Klassenkampfes in allen kapitalistischen Ländern, in den Kolonien und Halbkolonien finden. Es gilt den Tag des Gerichtes vorzubereiten, wo das siegreiche Proletariat mit seinen Unterdrückern und Ausbeutern und deren menschewistischen und sozialdemokratischen Lakaien abrechnet. In der Organisation des revolutionären Klassenkampfes durch die Kommunistische Internationale und ihre Sektionen für eine Besserung der Lebenshaltung der werktätigen Massen, für die Erweiterung ihrer Rechte, werden die

Voraussetzungen des Sieges der werktätigen Massen für ihre Befreiung geschaffen. Darin liegt auch die einzige Sicherheit für die Verteidigung der Sowjetunion gegen jeden imperialistischen Angriff oder dessen Umwandlung in den Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie. Der Moskauer Prozeß muß der Auftakt zu einer mächtigen Kampfbewegung gegen alle Feinde der Arbeiterklasse sein.

„Internationale Pressekorrespondenz“, Nr. 23, 7. März 1931.

jeden Versuch der Menschewisten, die Öffentlichkeit durch ihr Leugnen zu täuschen, zu Boden. Hier wurden Kautsky, Vanderelde, Léon Blum, Wels, Abramowitsch, Dan und Konsorten ohne jede Maske, in ihren infamen Schurkereien gezeigt, die sie unausgesetzt gegen die Sowjetunion organisieren und durchführen. Es wurde gezeigt, wie sich diese Verbrechen in die Klassenkämpfe einreihen, die unausgesetzt von den Feinden der Sowjetmacht seit ihrem Bestehen unternommen werden, um sie zu stürzen. Der jetzige Prozeß erhält auch noch dadurch eine besondere Bedeutung, daß er gegen Menschen geführt werden mußte, die von sich behaupten, als „Sozialisten“ klassenmäßig mit dem Proletariat verbunden zu sein. Ihre Taten beweisen aber, daß sie nichts anderes sind als die bezahlten Agenten der Bourgeoisie, die in dem Lager der Arbeiterklasse ihr Werk treiben.

Das proletarische Gericht in Moskau wird übermorgen sein Urteil über diese menschewistische Verbrecher an dem Interesse des Proletariats sprechen. Sie werden als offene Verräter und Feinde des Arbeiterstaates durch dieses oder jenes Strafmaß unschädlich gemacht. Der proletarische Staat mit seinen Sicherheitsorganen ist auf der Wacht, um allen Feinden der Sowjetmacht und des sozialistischen Aufbaus mit der größten Rücksichtslosigkeit entgegenzutreten. In seiner Roten Armee und vor allem in dem Millionenvolk der Arbeiter und Bauern hat er eine Waffe, um jeden kriegerischen Angriff zurückzuschlagen. Aber es handelt sich hier um mehr. Es geht um das Lebensinteresse des gesamten internationalen Proletariats, gegen das sich die Generaloffensive des internationalen Kapitals richtet.

Darum muß der Prozeß gegen die Menschewiki seine Fortsetzung in der Organisation des revolutionären Klassenkampfes in allen kapitalistischen Ländern, in den Kolonien und Halbkolonien finden. Es gilt den Tag des Gerichtes vorzubereiten, wo das siegreiche Proletariat mit seinen Unterdrückern und Ausbeutern und deren menschewistischen und sozialdemokratischen Lakaien abrechnet. In der Organisation des revolutionären Klassenkampfes durch die Kommunistische Internationale und ihre Sektionen für eine Besserung der Lebenshaltung der werktätigen Massen, für die Erweiterung ihrer Rechte, werden die

Voraussetzungen des Sieges der werktätigen Massen für ihre Befreiung geschaffen. Darin liegt auch die einzige Sicherheit für die Verteidigung der Sowjetunion gegen jeden imperialistischen Angriff oder dessen Umwandlung in den Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie. Der Moskauer Prozeß muß der Auftakt zu einer mächtigen Kampfbewegung gegen alle Feinde der Arbeiterklasse sein.

„Internationale Pressekorrespondenz“, Nr. 23, 7. März 1931.

Jeden Versuch der Menschewisten, die Öffentlichkeit durch ihr Leugnen zu täuschen, zu Boden. Hier wurden Kautsky, Vandervelde, Léon Blum, Wels, Abramowitsch, Dan und Konsorten ohne jede Maske, in ihren infamen Schurkereien gezeigt, die sie unausgesetzt gegen die Sowjetunion organisieren und durchführen. Es wurde gezeigt, wie sich diese Verbrechen in die Klassenkämpfe einreihen, die unausgesetzt von den Feinden der Sowjetmacht seit ihrem Bestehen unternommen werden, um sie zu stürzen. Der jetzige Prozeß erhält auch noch dadurch eine besondere Bedeutung, daß er gegen Menschen geführt werden mußte, die von sich behaupten, als „Sozialisten“ klassenmäßig mit dem Proletariat verbunden zu sein. Ihre Taten beweisen aber, daß sie nichts anderes sind als die bezahlten Agenten der Bourgeoisie, die in dem Lager der Arbeiterklasse ihr Werk treiben.

Das proletarische Gericht in Moskau wird übermorgen sein Urteil über diese menschowistische Verbrecher an dem Interesse des Proletariats sprechen. Sie werden als offene Verräter und Feinde des Arbeiterstaates durch dieses oder jenes Strafmaß unschädlich gemacht. Der proletarische Staat mit seinen Sicherheitsorganen ist auf der Wacht, um allen Feinden der Sowjetmacht und des sozialistischen Aufbaus mit der größten Rücksichtslosigkeit entgegenzutreten. In seiner Roten Armee und vor allem in dem Millionenvolk der Arbeiter und Bauern hat er eine Waffe, um jeden kriegerischen Angriff zurückzuschlagen. Aber es handelt sich hier um mehr. Es geht um das Lebensinteresse des gesamten internationalen Proletariats, gegen das sich die Generaloffensive des internationalen Kapitals richtet.

Darum muß der Prozeß gegen die Menschewiki seine Fortsetzung in der Organisierung des revolutionären Klassenkampfes in allen kapitalistischen Ländern, in den Kolonien und Halbkolonien finden. Es gilt den Tag des Gerichtes vorzubereiten, wo das siegreiche Proletariat mit seinen Unterdrückern und Ausbeutern und deren menschowistischen und sozialdemokratischen Lakaien abrechnet. In der Organisierung des revolutionären Klassenkampfes durch die Kommunistische Internationale und ihre Sektionen für eine Besserung der Lebenshaltung der werktätigen Massen, für die Erweiterung ihrer Rechte, werden die

Voraussetzungen des Sieges der werktätigen Massen für ihre Befreiung geschaffen. Darin liegt auch die einzige Sicherheit für die Verteidigung der Sowjetunion gegen jeden imperialistischen Angriff oder dessen Umwandlung in den Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie. Der Moskauer Prozeß muß der Auftakt zu einer mächtigen Kampfbewegung gegen alle Feinde der Arbeiterklasse sein.

„Internationale Pressekorrespondenz“, Nr. 23, 7. März 1931.

Maxim Gorki und die deutschen Arbeiter

Zu seinem 63. Geburtstag

Die infame Hetze, die die Bourgeoisie und ihre Soldschreiber gegen Maxim Gorki in wachsendem Maße entfaltet, ist der Ausdruck der Wut darüber, daß er mutig und ohne Schwanken an der Seite der vom imperialistischen Joch befreiten und den Sozialismus aufbauenden Arbeiter und Bauern der Sowjetunion steht und ihr Werk gegen die Vorbereitung des konterrevolutionären Angriffskrieges verteidigt, daß er konsequent den Weg gegangen ist, den Plechanow schon im Jahre 1906 anlässlich eines Romans von Maxim Gorki vorzeichnete: „Maxim Gorki gerät leider mehr und mehr unter den verhängnisvollen Einfluß Lenins und der Bolschewiki.“

Solange Maxim Gorki nur das Elend der unterdrückten Klasse in seinen Romanen schilderte und dabei auch den sozialen Gegensatz aufdeckte, der zwischen den reichen Parasiten der Gesellschaft und dem schaffenden Volke besteht, war er für die Bourgeoisie ein interessanter Schriftsteller, dessen faszinierende Schreibweise ihre Nerven kitzelte und dem sie auch die scharfen Angriffe gegen die bestehende „göttliche“ Weltordnung nachsah. Nachdem aber dieses vom Kapitalismus ausgebeutete und geknechtete Volk auf einem Sechstel der Erde die Sklavenketten zerbrach, den Kapitalismus stürzte, die proletarische Diktatur aufrichtete und durch sie den Sozialismus in die Praxis umsetzt, da packt die Bourgeoisie die Angst vor den Folgen dieser Tat. Darum ihre Hetze und Vorbereitung des konterrevolutionären Krieges gegen den ersten Arbeiterstaat der Welt, darum aber auch die Hetze und Verfolgungen gegen alle, die dieses sozialistische Freiheitswerk unterstützen und gegen die Bourgeoisie verteidigen.

Darum auch die Hetze gegen Maxim Gorki, mit der sie den Boykott seiner Werke durchführen wollen. Die Bourgeoisie bestätigt damit nur die alte Erfahrung, daß sie den Künstler nur

protegiert, solange er ihrer verfaulenden Gesellschaftsordnung dient.

Doch Maxim Gorki wird diese Hetze und den Boykott seiner Werke durch die Bourgeoisie mit einer Handbewegung beiseite schieben in dem Bewußtsein, daß er in der Klasse, mit deren Leiden er sein Leben lang mitfühlte und deren sozialistischen Aufstieg er in der Sowjetunion miterlebt und für den er kämpft, den breiten und tiefen Mutterboden gefunden hat. Den Hunderten von Millionen Proletariern in der Sowjetunion und den kapitalistischen Ländern bringen die Werke Maxim Gorkis höchste Erhebung in ihren Kämpfen um den Sozialismus und um die Befreiung der werktätigen Massen aus dem kapitalistischen Massenelend. Hierin liegt die enge Verbundenheit dieser Massen mit Maxim Gorki, der auch besonders unter den deutschen Arbeitern seine Heimat gefunden hat. In der sozialen Milieuschilderung des geknechteten und ausgebeuteten Volkes und in der Aufzeigung der sozialen Gegensätze gab Maxim Gorki den werktätigen Massen ein Spiegelbild ihrer eigenen Lage und half in ihnen das Klassengefühl und das Klassenbewußtsein zu wecken und zu fördern. Maxim Gorki wird es sich als Ehre anrechnen, sich durch seine Verbundenheit mit dem proletarischen Staat und mit den proletarischen Massen in den kapitalistischen Ländern die Feindschaft und den Haß der Bourgeoisie zugezogen zu haben.

Den deutschen Arbeitern ist das mutige Bekenntnis Maxim Gorkis zur Sowjetunion und seine Kampfstellung gegen ihre Feinde wohlbekannt, mit dem er sich unterscheidet von einer Reihe von feigen, schwankenden Dichter-Intellektuellen, die wohl vorübergehend mit der Arbeiterbewegung kokettierten, aber vor der klaren Fragestellung des Klassenkampfes zurückschreckten, um sich den Platz an der Futterkrippe der Bourgeoisie zu sichern. Maxim Gorki bekannte offen: „Solange ich am Leben bleibe, werde ich die Position halten, auf die mich die Energie des Proletariats der Sowjetunion gestellt hat.“ Und gegenüber den Schädlingen des sozialistischen Aufbauwerkes sprach er offen aus, „daß man den Feind zerschmettern muß“. Das sind auch die Gründe, warum jetzt die Bourgeoisie und ihre Soldschreiber mit dieser Hetze gegen Maxim Gorki einsetzen. Um so

Maxim Gorki und die deutschen Arbeiter

Zu seinem 63. Geburtstag

Die infame Hetze, die die Bourgeoisie und ihre Soldschreiber gegen Maxim Gorki in wachsendem Maße entfaltet, ist der Ausdruck der Wut darüber, daß er mutig und ohne Schwanken an der Seite der vom imperialistischen Joch befreiten und den Sozialismus aufbauenden Arbeiter und Bauern der Sowjetunion steht und ihr Werk gegen die Vorbereitung des konterrevolutionären Angriffskrieges verteidigt, daß er konsequent den Weg gegangen ist, den Plechanow schon im Jahre 1906 anlässlich eines Romans von Maxim Gorki vorzeichnete: „Maxim Gorki gerät leider mehr und mehr unter den verhängnisvollen Einfluß Lenins und der Bolschewiki.“

Solange Maxim Gorki nur das Elend der unterdrückten Klasse in seinen Romanen schilderte und dabei auch den sozialen Gegensatz aufdeckte, der zwischen den reichen Parasiten der Gesellschaft und dem schaffenden Volke besteht, war er für die Bourgeoisie ein interessanter Schriftsteller, dessen faszinierende Schreibweise ihre Nerven kitzelte und dem sie auch die scharfen Angriffe gegen die bestehende „göttliche“ Weltordnung nachsah. Nachdem aber dieses vom Kapitalismus ausgebeutete und geknechtete Volk auf einem Sechstel der Erde die Sklavenketten zerbrach, den Kapitalismus stürzte, die proletarische Diktatur aufrichtete und durch sie den Sozialismus in die Praxis umsetzt, da packt die Bourgeoisie die Angst vor den Folgen dieser Tat. Darum ihre Hetze und Vorbereitung des konterrevolutionären Krieges gegen den ersten Arbeiterstaat der Welt, darum aber auch die Hetze und Verfolgungen gegen alle, die dieses sozialistische Freiheitswerk unterstützen und gegen die Bourgeoisie verteidigen.

Darum auch die Hetze gegen Maxim Gorki, mit der sie den Boykott seiner Werke durchführen wollen. Die Bourgeoisie bestätigt damit nur die alte Erfahrung, daß sie den Künstler nur

protegiert, solange er ihrer verfaulenden Gesellschaftsordnung dient.

Doch Maxim Gorki wird diese Hetze und den Boykott seiner Werke durch die Bourgeoisie mit einer Handbewegung beiseite schieben in dem Bewußtsein, daß er in der Klasse, mit deren Leiden er sein Leben lang mitfühlte und deren sozialistischen Aufstieg er in der Sowjetunion miterlebt und für den er kämpft, den breiten und tiefen Mutterboden gefunden hat. Den Hunderten von Millionen Proletariern in der Sowjetunion und den kapitalistischen Ländern bringen die Werke Maxim Gorkis höchste Erhebung in ihren Kämpfen um den Sozialismus und um die Befreiung der werktätigen Massen aus dem kapitalistischen Massenelend. Hierin liegt die enge Verbundenheit dieser Massen mit Maxim Gorki, der auch besonders unter den deutschen Arbeitern seine Heimat gefunden hat. In der sozialen Milieuschilderung des geknechteten und ausgebeuteten Volkes und in der Aufzeigung der sozialen Gegensätze gab Maxim Gorki den werktätigen Massen ein Spiegelbild ihrer eigenen Lage und half in ihnen das Klassengefühl und das Klassenbewußtsein zu wecken und zu fördern. Maxim Gorki wird es sich als Ehre anrechnen, sich durch seine Verbundenheit mit dem proletarischen Staat und mit den proletarischen Massen in den kapitalistischen Ländern die Feindschaft und den Haß der Bourgeoisie zugezogen zu haben.

Den deutschen Arbeitern ist das mutige Bekenntnis Maxim Gorkis zur Sowjetunion und seine Kampfstellung gegen ihre Feinde wohlbekannt, mit dem er sich unterscheidet von einer Reihe von feigen, schwankenden Dichter-Intellektuellen, die wohl vorübergehend mit der Arbeiterbewegung kokettierten, aber vor der klaren Fragestellung des Klassenkampfes zurückschreckten, um sich den Platz an der Futterkrippe der Bourgeoisie zu sichern. Maxim Gorki bekannte offen: „Solange ich am Leben bleibe, werde ich die Position halten, auf die mich die Energie des Proletariats der Sowjetunion gestellt hat.“ Und gegenüber den Schädlingen des sozialistischen Aufbauwerkes sprach er offen aus, „daß man den Feind zerschmettern muß“. Das sind auch die Gründe, warum jetzt die Bourgeoisie und ihre Soldschreiber mit dieser Hetze gegen Maxim Gorki einsetzen. Um so

größer ist aber die Liebe der deutschen Arbeiter zu Maxim Gorki, denen er mit diesem mutigen Bekenntnis und mit seiner klaren Kampfstellung gegen die Feinde der Sowjetunion ein treuer Bundesgenosse in den großen Massenkämpfen ist, mit denen das Proletariat sein höchstes Ziel, die Verwirklichung des Sozialismus, erstrebt.

„Die Rote Fahne“, Berlin, März 1931.

Die Deutsche Kommunistische Partei bereitet sich auf entscheidende Kämpfe vor

*Unterredung mit einem Korrespondenten der
„Krasnaja Swesda“ (Roter Stern)*

Gestern um 7 Uhr abends traf der Genosse Wilhelm Pieck, Mitglied des Präsidiums des EKKI und Vorsitzender der deutschen Roten Hilfe, auf dem Dampfer „Juschar“ in Leningrad ein.

In einer Unterredung mit unserem Mitarbeiter gab Genosse Pieck folgende Einschätzung der sich in Deutschland abspielenden Ereignisse:

Die Lage in Deutschland hat sich in den letzten zwei Monaten außerordentlich verschärft, wodurch die Richtigkeit der Prognose des XI. Plenums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vollauf bestätigt wird. Diese Verschärfung wurde insbesondere durch die diktatorische Brüning'sche Notverordnung vom 5. Juni hervorgerufen. Die reaktionäre Bedeutung der Notverordnung wurde dadurch beträchtlich erhöht, daß sie zeitlich zusammenfiel mit dem Ablaufen der Tarifverträge zwischen Unternehmern und Arbeitern in den größten deutschen Industriezweigen. Die Unternehmer nutzten diesen Moment zu *einem groß angelegten Angriff auf die Löhne der Arbeiter* aus.

Die letzten Ereignisse in Deutschland — die Massendemonstrationen der Arbeiter gegen die Notverordnung trotz des polizeilichen Verbots zeigen, wie groß die Erregung der Massen ist. Die Massen protestieren gegen die Politik der Regierung, die sie zum Hungern verurteilt.

Die letzte Sitzung des Ältestenrats des Reichstags hat den Arbeitern so anschaulich wie nie zuvor gezeigt, daß die Sozialdemokratie die Politik Brüning's in vollem Umfange unterstützt und faktisch die ganze Verantwortung für die Notverordnung trägt.

Die Regierung und insbesondere die Sozialdemokraten verfolgen mit Besorgnis den wachsenden Einfluß der Kommunistischen Partei und steigern rücksichtslos die Repressalien gegen die Kommunistische Partei und die revolutionären Arbeiter.

größer ist aber die Liebe der deutschen Arbeiter zu Maxim Gorki, denen er mit diesem mutigen Bekenntnis und mit seiner klaren Kampfstellung gegen die Feinde der Sowjetunion ein treuer Bundesgenosse in den großen Massenkämpfen ist, mit denen das Proletariat sein höchstes Ziel, die Verwirklichung des Sozialismus, erstrebt.

„Die Rote Fahne“, Berlin, März 1931.

Die Deutsche Kommunistische Partei bereitet sich auf entscheidende Kämpfe vor

*Unterredung mit einem Korrespondenten der
„Krasnaja Swesda“ (Roter Stern)*

Gestern um 7 Uhr abends traf der Genosse Wilhelm Pieck, Mitglied des Präsidiums des EKKI und Vorsitzender der deutschen Roten Hilfe, auf dem Dampfer „Juschar“ in Leningrad ein.

In einer Unterredung mit unserem Mitarbeiter gab Genosse Pieck folgende Einschätzung der sich in Deutschland abspielenden Ereignisse:

Die Lage in Deutschland hat sich in den letzten zwei Monaten außerordentlich verschärft, wodurch die Richtigkeit der Prognose des XI. Plenums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vollauf bestätigt wird. Diese Verschärfung wurde insbesondere durch die diktatorische Brüning'sche Notverordnung vom 5. Juni hervorgerufen. Die reaktionäre Bedeutung der Notverordnung wurde dadurch beträchtlich erhöht, daß sie zeitlich zusammenfiel mit dem Ablaufen der Tarifverträge zwischen Unternehmern und Arbeitern in den größten deutschen Industriezweigen. Die Unternehmer nutzten diesen Moment zu *einem groß angelegten Angriff auf die Löhne der Arbeiter* aus.

Die letzten Ereignisse in Deutschland — die Massendemonstrationen der Arbeiter gegen die Notverordnung trotz des polizeilichen Verbots zeigen, wie groß die Erregung der Massen ist. Die Massen protestieren gegen die Politik der Regierung, die sie zum Hungern verurteilt.

Die letzte Sitzung des Ältestenrats des Reichstags hat den Arbeitern so anschaulich wie nie zuvor gezeigt, daß die Sozialdemokratie die Politik Brüning's in vollem Umfange unterstützt und faktisch die ganze Verantwortung für die Notverordnung trägt.

Die Regierung und insbesondere die Sozialdemokraten verfolgen mit Besorgnis den wachsenden Einfluß der Kommunistischen Partei und steigern rücksichtslos die Repressalien gegen die Kommunistische Partei und die revolutionären Arbeiter.

größer ist aber die Liebe der deutschen Arbeiter zu Maxim Gorki, denen er mit diesem mutigen Bekenntnis und mit seiner klaren Kampfstellung gegen die Feinde der Sowjetunion ein treuer Bundesgenosse in den großen Massenkämpfen ist, mit denen das Proletariat sein höchstes Ziel, die Verwirklichung des Sozialismus, erstrebt.

„Die Rote Fahne“, Berlin, März 1931.

Die Deutsche Kommunistische Partei bereitet sich auf entscheidende Kämpfe vor

*Unterredung mit einem Korrespondenten der
„Krasnaja Swesda“ (Roter Stern)*

Gestern um 7 Uhr abends traf der Genosse Wilhelm Pieck, Mitglied des Präsidiums des EKKI und Vorsitzender der deutschen Roten Hilfe, auf dem Dampfer „Juschar“ in Leningrad ein.

In einer Unterredung mit unserem Mitarbeiter gab Genosse Pieck folgende Einschätzung der sich in Deutschland abspielenden Ereignisse:

Die Lage in Deutschland hat sich in den letzten zwei Monaten außerordentlich verschärft, wodurch die Richtigkeit der Prognose des XI. Plenums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vollauf bestätigt wird. Diese Verschärfung wurde insbesondere durch die diktatorische Brüning'sche Notverordnung vom 5. Juni hervorgerufen. Die reaktionäre Bedeutung der Notverordnung wurde dadurch beträchtlich erhöht, daß sie zeitlich zusammenfiel mit dem Ablaufen der Tarifverträge zwischen Unternehmern und Arbeitern in den größten deutschen Industriezweigen. Die Unternehmer nutzten diesen Moment zu einem groß angelegten Angriff auf die Löhne der Arbeiter aus.

Die letzten Ereignisse in Deutschland — die Massendemonstrationen der Arbeiter gegen die Notverordnung trotz des polizeilichen Verbots zeigen, wie groß die Erregung der Massen ist. Die Massen protestieren gegen die Politik der Regierung, die sie zum Hungern verurteilt.

Die letzte Sitzung des Ältestenrats des Reichstags hat den Arbeitern so anschaulich wie nie zuvor gezeigt, daß die Sozialdemokratie die Politik Brüning's in vollem Umfange unterstützt und faktisch die ganze Verantwortung für die Notverordnung trägt.

Die Regierung und insbesondere die Sozialdemokraten verfolgen mit Besorgnis den wachsenden Einfluß der Kommunistischen Partei und steigern rücksichtslos die Repressalien gegen die Kommunistische Partei und die revolutionären Arbeiter.

größer ist aber die Liebe der deutschen Arbeiter zu Maxim Gorki, denen er mit diesem mutigen Bekenntnis und mit seiner klaren Kampfstellung gegen die Feinde der Sowjetunion ein treuer Bundesgenosse in den großen Massenkämpfen ist, mit denen das Proletariat sein höchstes Ziel, die Verwirklichung des Sozialismus, erstrebt.

„Die Rote Fahne“, Berlin, März 1931.

Die Deutsche Kommunistische Partei bereitet sich auf entscheidende Kämpfe vor

*Unterredung mit einem Korrespondenten der
„Krasnaja Swesda“ (Roter Stern)*

Gestern um 7 Uhr abends traf der Genosse Wilhelm Pieck, Mitglied des Präsidiums des EKKI und Vorsitzender der deutschen Roten Hilfe, auf dem Dampfer „Juschar“ in Leningrad ein.

In einer Unterredung mit unserem Mitarbeiter gab Genosse Pieck folgende Einschätzung der sich in Deutschland abspielenden Ereignisse:

Die Lage in Deutschland hat sich in den letzten zwei Monaten außerordentlich verschärft, wodurch die Richtigkeit der Prognose des XI. Plenums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vollauf bestätigt wird. Diese Verschärfung wurde insbesondere durch die diktatorische Brüning'sche Notverordnung vom 5. Juni hervorgerufen. Die reaktionäre Bedeutung der Notverordnung wurde dadurch beträchtlich erhöht, daß sie zeitlich zusammenfiel mit dem Ablaufen der Tarifverträge zwischen Unternehmern und Arbeitern in den größten deutschen Industriezweigen. Die Unternehmer nutzten diesen Moment zu *einem groß angelegten Angriff auf die Löhne der Arbeiter* aus.

Die letzten Ereignisse in Deutschland — die Massendemonstrationen der Arbeiter gegen die Notverordnung trotz des polizeilichen Verbots zeigen, wie groß die Erregung der Massen ist. Die Massen protestieren gegen die Politik der Regierung, die sie zum Hungern verurteilt.

Die letzte Sitzung des Ältestenrats des Reichstags hat den Arbeitern so anschaulich wie nie zuvor gezeigt, daß die Sozialdemokratie die Politik Brüning's in vollem Umfange unterstützt und faktisch die ganze Verantwortung für die Notverordnung trägt.

Die Regierung und insbesondere die Sozialdemokraten verfolgen mit Besorgnis den wachsenden Einfluß der Kommunistischen Partei und steigern rücksichtslos die Repressalien gegen die Kommunistische Partei und die revolutionären Arbeiter.

größer ist aber die Liebe der deutschen Arbeiter zu Maxim Gorki, denen er mit diesem mutigen Bekenntnis und mit seiner klaren Kampfstellung gegen die Feinde der Sowjetunion ein treuer Bundesgenosse in den großen Massenkämpfen ist, mit denen das Proletariat sein höchstes Ziel, die Verwirklichung des Sozialismus, erstrebt.

„Die Rote Fahne“, Berlin, März 1931.

Die Deutsche Kommunistische Partei bereitet sich auf entscheidende Kämpfe vor

*Unterredung mit einem Korrespondenten der
„Krasnaja Swesda“ (Roter Stern)*

Gestern um 7 Uhr abends traf der Genosse Wilhelm Pieck, Mitglied des Präsidiums des EKKI und Vorsitzender der deutschen Roten Hilfe, auf dem Dampfer „Juschar“ in Leningrad ein.

In einer Unterredung mit unserem Mitarbeiter gab Genosse Pieck folgende Einschätzung der sich in Deutschland abspielenden Ereignisse:

Die Lage in Deutschland hat sich in den letzten zwei Monaten außerordentlich verschärft, wodurch die Richtigkeit der Prognose des XI. Plenums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vollauf bestätigt wird. Diese Verschärfung wurde insbesondere durch die diktatorische Brüning'sche Notverordnung vom 5. Juni hervorgerufen. Die reaktionäre Bedeutung der Notverordnung wurde dadurch beträchtlich erhöht, daß sie zeitlich zusammenfiel mit dem Ablauf der Tarifverträge zwischen Unternehmern und Arbeitern in den größten deutschen Industriezweigen. Die Unternehmer nutzten diesen Moment zu *einem groß angelegten Angriff auf die Löhne der Arbeiter* aus.

Die letzten Ereignisse in Deutschland — die Massendemonstrationen der Arbeiter gegen die Notverordnung trotz des polizeilichen Verbots zeigen, wie groß die Erregung der Massen ist. Die Massen protestieren gegen die Politik der Regierung, die sie zum Hungern verurteilt.

Die letzte Sitzung des Ältestenrats des Reichstags hat den Arbeitern so anschaulich wie nie zuvor gezeigt, daß die Sozialdemokratie die Politik Brüning's in vollem Umfange unterstützt und faktisch die ganze Verantwortung für die Notverordnung trägt.

Die Regierung und insbesondere die Sozialdemokraten verfolgen mit Besorgnis den wachsenden Einfluß der Kommunistischen Partei und steigern rücksichtslos die Repressalien gegen die Kommunistische Partei und die revolutionären Arbeiter.

Dennoch hat sich die Regierung nicht dazu entschlossen, die Kommunistische Partei zu verbieten, augenscheinlich fürchtet sie, daß keinerlei Verbot das Wachstum des Einflusses der Kommunistischen Partei auf die Massen aufhalten würde.

Zu dem letzten Kunstgriff Hoovers — dem Aufschub der Reparationszahlungen — wäre zu sagen, daß dies die äußerst schwierige Lage, in der sich Deutschland befindet, in keiner Weise verbessert. Der Organismus der deutschen kapitalistischen Wirtschaft macht eine so heftige Krise durch, daß keine 500 oder sogar 800 Millionen Mark, die infolge einer Herabsetzung der Reparationen in Deutschland verbleiben, die Lage irgendwie fühlbar erleichtern könnten.

Die innere Lage in Deutschland verschärft sich täglich und wird sich weiter verschärfen. Den Massen wird immer mehr zum Bewußtsein kommen, daß man in der kapitalistischen Wirtschaft nicht leben kann. Es ist die Aufgabe der Kommunistischen Partei Deutschlands, die Arbeitermassen politisch und organisatorisch unter ihren Einfluß zu bringen, um sie zum Sturm auf die kapitalistische Festung zu führen.

*„Krasnaja Swesda“, Moskau, 24. Juni 1931
(nach dem deutschen Original).*



Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs, Maurice Thorez, bei einer Ansprache an den Gräbern der Revolutionsopter in Berlin-Friedrichsfelde. Neben Thorez Wilhelm Pieck. (15. Januar 1933.)

Die Lage in Deutschland nach den Wahlen

Die letzten Wahlen in Deutschland, sowohl die Präsidenten- wie auch die Landtagswahlen, haben eine außerordentliche Verschärfung des Klassenkampfes aufgezeigt, der sich von Tag zu Tag weiter zuspitzt. Die Arbeitermassen beginnen allmählich den Betrug einzusehen, der von der Sozialdemokratie ihnen gegenüber mit dem Hinweis verübt wird, daß ihre Politik ein Bollwerk gegen den Faschismus und die Kapitalsoffensive sei. Gerade der Ausgang der Preußenwahlen hat gezeigt, wie die sozialdemokratische Koalitionspolitik mit dem Zentrum breite Arbeitermassen zur Verzweiflung und damit der Hitlerpartei in die Arme treibt. Der Ausgang dieser Wahl entlarvt aber auch den Betrug, den die Sozialdemokratie mit der Behauptung unternahm, daß durch die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten der Faschismus geschlagen sei. In der sozialdemokratischen Arbeiterschaft macht sich über das Ergebnis dieser sozialdemokratischen Politik, der unerhörten Verschlechterung ihrer Lebenshaltung und dem frechen Auftreten des Hitlerfaschismus eine wachsende Empörung bemerkbar. Das tritt besonders auch in den reformistischen Gewerkschaften in Erscheinung, deren Führer sich gezwungen sahen, zur Beruhigung der Mitglieder einen „Krisenkongreß“ einzuberufen, der die Arbeitsbeschaffungsfrage lösen sollte. Aber dieser Versuch zur Beruhigung der Massen ist kläglich gescheitert. Der klerikale Arbeitsminister Stegerwald hat auf diesem Kongreß mit aller Deutlichkeit das Unvermögen des kapitalistischen Staates auf Arbeitsbeschaffung festgestellt und im übrigen weiteren Lohnabbau angekündigt. Das soll nicht mit einem Male für alle Arbeiter erfolgen, sondern nach und nach in den verschiedensten Industriezweigen. Man glaubt auf diese Weise die Arbeiter vom einheitlichen Kampfe gegen den Lohnabbau abzuhalten. Aber nicht nur die Löhne sollen abgebaut werden, sondern auch die Gesamtarbeitsbedingungen sollen erheblich verschlechtert werden. Es soll die 40-Stunden-